

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Mittwoch,
3. December 1879.

Inserate

sind an die Expedition in
Leipzig zu senden.

Inserationsgebühren

sind die Spaltenbreite 20 Pf.
unter Umgehung 20 Pf.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 1. Dec. Sr. Maj. Rautenboot Cyprip, 4 Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant v. Schmuckmann I., hat am 8. Oct. Nagasaki verlassen und am 10. Oct. vor Shanghai ankert.

Kassel, 1. Dec. Dem Vernehmen nach ist morgen in Berlin zwischen der Regierung und einem Theil hessischer Agnaten ein Abfindungsvertragstermin. (N. Frk. Vr.)

Münster, 1. Dec. Die Nachricht des Westfälischen Merkur, daß die Landräthe angewiesen seien, dem katholischen Clerus wieder die Leitung des Religionsunterrichtes in der Volksschule anzubieten, wird als unrichtig bezeichnet.

Stuttgart, 1. Dec. Die Gesamtzahl der bei der Reichstagsersatzwahl im 15. württembergischen Wahlkreise (Blauweihen-Erhingen) abgegebenen Stimmen betrug laut amtlicher Zählung 15691; hiervon erhielt der zum Abgeordneten gewählte Stadtschultheiß Joseph Müller in Erhingen (C.) 8106, dessen Gegenkandidat Landrichter Landauer in Ellwangen (Centr.) 7585 Stimmen.

Wien, 1. Dec. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Berathung des Wehrgesetzes. Zeitlinger erstattete den Bericht der Majorität, Rechbauer denjenigen der Minorität (Bewilligung der Kriegsmärkte von 800000 Mann auf ein Jahr). Graf Richard Lam sprach unter dem Beifall der Rechten für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Czedit begründete den Antrag auf Herabsetzung des Friedensstandes auf 230000 Mann, wodurch das Budget um 3 Mill. entlastet werden würde. Grocholski bekämpfte diesen Antrag und sprach für die Regierungsvorlage. Schupp ist für den Minoritätsantrag, Mattus mit Rücksicht auf die politische Situation für die Fortdauer des gegenwärtigen Kriegszustandes auf zehn Jahre; der Redner bekennt, daß seine Partei für das Wehrgesetz stimme, weil sie nationale Concessionen erwarte. **Sohn kann die Regierung ein Verbot erlassen, welches die Annahme der Vorlage involvire, nicht ertheilen, solange er die Principien der Regierung nicht kennt.** Nachdem noch Dzwonkowski für den Antrag der Majorität gesprochen hatte, wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt.

Budapest, 1. Dec. In der Conferenz der liberalen Partei interpellirte Fall, ob Deutschland, da die Verhandlungen bisher resultatlos gewesen, vom 1. Jan. 1880 nicht außer der Eingangsabgabe noch einen Zuschlag erheben werde, wenigstens über diesen Punkt müßte man ein förmliches vertragmäßiges Abkommen mit Deutschland treffen. Der Handelsminister antwortete und erwähnte, diese Eventualität sei der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgangen; die bezüglich der Verhandlungen seien im Gange und er hoffe, in den nächsten Tagen sich bestimmen äußern zu können. (Wiederholt.)

London, 1. Dec. Der Times wird aus Rabul von heute gemeldet: „In Gemäßheit der Anordnung des Vizekönigs ist der Emir heute in Begleitung des Kapitäns Turner von Rabul nach Peschawar abgereist.“

Newyork, 30. Nov. Die Botschaft des Präsidenten Hayes an den Congress, welche vorzeitig veröffentlicht worden ist, beklagt ausdrücklich den Mangel der glücklichen Ausführung des Gesetzes über die Wiederaufnahme der Baarzahlungen, wodurch eine große Wiederbelebung der Geschäfte und eine Verbesserung des Nationalcredits herbeigeführt worden sei, und schlägt den legislativen Körperschaften vor, die 5- und 6proc. Bonds, im Betrage von 792 Mill. Doll. durch 4proc. zu ersetzen. Was die Münzgesetzgebung anbelangt, so erscheine es rathlich, dieselbe während der mit den europäischen Nationen schwebenden Verhandlungen zu vertagen. Jedoch müßte eine Suspension der Ausprägung von Silberdollars eintreten, da es außerdem unmöglich sein werde, die Gleichheit des Werthes zwischen Gold- und Silbermünzen aufrecht zu erhalten und das Ziel der Doppelwährung zu erreichen. Die Ausgabe von Papiergeld, wie es die Legal-Tender-Akte gestatte, sei, Dringlichkeitsfälle ausgenommen, wider die Verfassung, die Politik der Vereinigten Staaten sei stets dahin gegangen, eine Vermehrung der Nationalverschuldung zu vermeiden. Wenn eine Aenderung in den bestehenden Zinsen nothwendig werden sollte, empfehle sich die Aufhebung von Rasse- und Theezinsen. Die Beziehungen zu den auswärtigen Ländern seien friedliche, die meisten der mit Spanien in Betreff der Insel Cuba schwebenden Fragen hätten eine glückliche und ehrenvolle Lösung gefunden, mit Deutschland seien wiederholt in Betreff der Naturalisation und Auswanderung Fragen entstanden, die laienhaft deutsche Regierung habe aber jederzeit das lebhafteste Verlangen an den Tag gelegt, den Bestimmungen der Verträge in strenger Weise nachzugehen. Nach Samoa sei ein Kriegsschiff gesendet worden, um von den Unionstaaten zugestanden Privilegien Besitz zu nehmen und eine Zollstation zu errichten. Wenn das Project eines unter den Auspicien der Unionstaaten auszuführenden Panamakanals nicht mehr zweifelhaft sein sollte, werde das dazu erforderliche Kapital in Europa und Amerika leicht zu beschaffen sein. — Der Bericht des Schatzsecretärs Sherman schlägt die Einnahmen des nächsten Jahres auf 288, die Ausgaben auf 278 Mill. Doll. an.

Som preussischen Laubtage.

Berlin, 1. Dec. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Berathung des Staatshaushalts fort. Bei Kap. 6: Einnahmen aus der Lotterieverwaltung 4,060,000 M., bemerkt Abg. Köderath:

Er wolle bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht auf die volkswirtschaftlichen Bedenken gegen das Lotteriespiel überhaupt eingehen, müsse aber den Wunsch äußern, daß

den Spielern ein Recht auf Erneuerung ihrer Lose eingeräumt werde, und die Gewährung neuer Lose in der Reihenfolge der Anmeldung erfolge.

Regierungscommissar v. Lenz erwidert, daß die Regierung in Bezug auf diese Aenderungen die Initiative nicht zu ergreifen beabsichtige, daß sie aber, falls das Haus eine betreffende Resolution fassen sollte, die Sache in Erwägung ziehen werde.

Der Etat der Lotterieverwaltung wird genehmigt, ebenso in rascher Folge die Etats des Seehandlungsinstituts, der Münzverwaltung, des Gesellschafteramtes, des Deutschen Reichs-Anzeigers und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Beim Etat des Kriegsministeriums richtet Abg. Berger die Anfrage an die königliche Staatsregierung, ob dieselbe mit den vom Hause bewilligten Mitteln für die Umgestaltung des Zeughauses auskommen werde, oder ob sie neue Anforderungen zu diesem Zwecke stellen werde.

Kriegsminister v. Kamete versichert, daß das letztere nicht der Fall sein würde; die Mittel reichen für die Zwecke, für die sie bewilligt, vollkommen aus.

Abg. v. Heereman: Nachdem man einmal so große Summen für das Zeughaus bewilligt habe, möchte er das Kriegsministerium bitten, das Haus nicht noch weiter für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen. Der vorliegende Etat enthalte wieder eine Forderung von 3000 M. zur Vermehrung der artilleristischen Sammlungen.

Der Titel wird hierauf bewilligt und damit der Etat des Kriegsministeriums genehmigt.

Der Etat des Zuschusses zur Rente des Kronfideicommisses wird ohne Debatte genehmigt.

Bei dem Etat des Herrenhauses bittet Abg. Delius, den Etat des Abgeordnetenhauses gleich mit in die Discussion ziehen zu dürfen, und beantragt, beide Etats in die Budgetcommission zu verweisen, da bisher die Rede gewesen sei, es sollten innerhalb der Einrichtungen beider Häuser einige Aenderungen platzgreifen. Der Antrag wird genehmigt.

Bei dem Etat des Bureau des Staatsministeriums beantragt v. Benda nach den in der Budgetcommission gepflogenen Erwägungen, die Summe von 4800 M. an Functionszulagen auf 3600 M. herabzusetzen.

Der Regierungscommissar erklärt, die Regierung werde dieser Herabsetzung nicht widersprechen, bittet aber zu bedenken, daß die dadurch betroffenen höhern Beamten einen empfindlichen Ausfall an ihrer Einnahme erleiden.

Der Etat der Staatsarchive wird auf Antrag des erkrankten Directors derselben, v. Sybel, für heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Etat der Generalordenscommission und der des geheimen Civilcabinetes werden debattelos genehmigt.

Beim Etat der Oberrechnungskammer handelt es sich bei den außerordentlichen Ausgaben um Bewilli-

Berliner Briefe.

Berlin, im November. Die socialpolitische Signatur unserer Hauptstadt ist unter scheinbar stiller Oberfläche doch eine recht aufgeregte. In den letzten Wochen haben die von der Berlegung des politischen Schwerpunktes mehr nach rechts berührten socialen und religiösen Anschauungen in unserm Berlin einzelne recht unerfreuliche Gegensätze wahr gerufen, welche die naive Gemüthslichkeit, die der Berliner sonst so sehr liebt, zu trüben drohen. Da steht die hochwürdige Generalsynode auf gespanntem Fuße mit unserm guten Magistrat; ein streitbarer, von der Kanzel ins Volk herabgesiegender Pfarrer, Diestellamp, war nahe daran, eine Lanze mit dem bekannten gemäßigten o.-dovant Prediger Kalthoff in einem großen Bierlocal zu brechen, um die Orthodoxie zu Ehren zu bringen; der streitbarste Hofprediger Süder, der bei seinen Christlich-socialen Zwecken die Judenfrage aufs Tapet brachte, hat nun auch seinem Ingrimm über die schlechte berliner Presse Luft gemacht; und nun gar die Liga der Antisemiten, deren kleines Häuflein durchaus den jüdischen Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Straßmann abgesetzt haben will, weil er in seinem Bezirksverein in freilich etwas exaltirter Weise von Rejegerichten und Scheiterhaufen, die man in Berlin errichten wolle, gesprochen hat. Zu dem allen tritt nun noch die von dem Minister Raybach tief beleidigte Börse, die mit Indignation den Vergleich mit dem Giftbaum zurückweist! Will man als geschickter Pilot durch die Brandung aller dieser scheinbar unversöhnlichen Gegensätze steuern, ohne auf Helsenriffe zu stoßen, und will man

bei allen diesen Gegensätzen, bei denen die Leidenschaften ihr trübes Spiel treiben, die goldene Mittelstraße einhalten, so müßte man nach beiden Seiten hin den Prediger abgeben, der den streitenden Parteien die Maßigung ins Gedächtnis zurückruft. Die Generalsynode geht in ihrem Eifer für die Seelsorge in unsern städtischen Kranken- und Irrenhäusern zu weit. Begehren die Kranken nach geistlichem Trost, so ist ihnen derselbe ja niemals von den Geistlichen verweigert worden. Der Magistrat thut nach dieser Seite hin, was in seinen Kräften steht, aber im Krankenhause hat zunächst der Arzt etwas zu sagen und hyperfrommer Eifer, der in Irrenhäusern verrückten Menschen die Tröstung der Religion spenden will, schadet — das hat die Erfahrung gezeigt — mehr, als er nützt. Das Consistorium, an welches sich die Generalsynode gewendet hat, um dem Magistrat seine verabsäumten Pflichten ans Herz zu legen, wird nun so mehr einen schweren Stand haben, als der Magistrat sich in einer wohlmotivirten Denkschrift an die Bürger gewandt und diesen seine Stellung zu dieser Angelegenheit klar gemacht hat.

Wir armen Berliner, von denen 70 Proc. den Tag über arbeiten müssen, um den bekannten und rerrufenen „Kampf ums Dasein“ mit Ehren ausfechten zu können, sind überhaupt bei den hochwürdigsten Herren der Generalsynode sehr schlecht angeschrieben. Nach ihrer Ansicht leben wir wie einst die verächtlichsten Bewohner von Sodom und Gomorrha. Und doch haben wir offene Augen und offene Hände für jede Noth, selbst wenn sie nicht speciell unsere Sprebewohner trifft. Das Brod des Geistes, die Fortbil-

dung unserer Handwerker- und Arbeiterjugend an den Sonntagen in den doch so segenbringenden Fortbildungsschulen, wollen uns die frommen Herren am Grünen Tisch verklammern, weil das mit ihren Ansichten über Sonntagsheiligung nicht übereinstimmt. Die strengen Consequenzen dieser Ansichten würden uns am Ende zu den englischen über alles Maß langweiligen Sonntagen führen, an denen das Volk in trüger Beschaulichkeit verdaunt, was es an Sonntagen durch Ueberfälle der Genüsse gestreift hat!

Noch ist zwischen den beiden diametralen kirchlichen Gegensätzen, zwischen dem Pfarrer Diestellamp, der — beiläufig gesagt — bei den Christlich-socialen besagten Dr. Straßmann wegen seiner semitischen Abstammung arg in Verruf gebracht hat, und dem frühern Prediger Kalthoff, der seine religiösen Erbauungen an jedem Sonntage in dem oberen Saale der Reichshallen abhält, die Lanze nicht gebrochen. Am besten, es ließen die beiden Kampfmuthigen das Brochen der Lanze sein. Ich halte nichts von solchem Gesecht (das allenfalls auf das Katheder der Wissenschaft gehdri), wenn es vor der profanen Menge im Eigarrenkampf und Bierbunk vor sich gehen soll. Die Discussion wird ihrer Würde entkleidet und verfällt der Leidenschaft oder, was noch böser ist, der Lächerlichkeit. Am ersten Abend, wo dieses geistliche Turnier im Saale der Norddeutschen Brauerei vor sich gehen sollte, war in Erwartung der Dinge der Saal gestopft voll. Kalthoff war aber krank geworden und hatte deswegen seinem frühern Amtskollegen freundlich mitgetheilt, daß er fürs erste auf die Ehre einer öffentlichen Discussion verzichten müßte.

gung von 120036 M. zur Errichtung eines Dienstgebäudes. Die Budgetcommission hat gegen diese Bewilligung nichts einzuwenden; dieselbe wird vom Hause anstandslos genehmigt.

Die Etats der Prüfungscommission für höhere Verwaltungsbeamte, des Disciplinarhofes und des Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenzconflicte und der Etat für Zwecke der Landesvermessung ergeben keinerlei Debatten.

Es folgt das Etat des Ministeriums des Innern. Die Einnahmen im Betrage von 3,811736 M. werden bewilligt.

Bei Tit. 1 der dauernden Ausgaben: Gehalt des Ministers 36000 M., bemerkt Abg. Bachem:

Bereits im vorigen Jahre habe ich in eingehender Weise nachgewiesen, wie corrumptirend der Culturkampf auf unsere Beamten gewirkt hat. Keine einzige meiner damaligen Angaben ist widerlegt worden. Heute will ich nur auf das Unwesen der Nichtbefähigung gewählter Communalbeamter hinweisen, welche vorher zur vollsten Zufriedenheit der vorgelegten Behörden sich bewährt hatten und in höchstem Grade das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen. Alleiniger Grund der Nichtbefähigung ist, daß die Gewählten zur Centrumpartei, zur römisch-katholischen Kirche gehören und deren Gottesdienst besuchen. Redner nennt als solche nicht befähigte Communalbeamte den Bürgermeister Wulff, den Kammerherrn v. Spieß und den Abg. Dr. Fackelbein. Freilich lägen die Acten über die Befähigung dieser drei Candidaten vorläufig noch im Ministerium des Innern; aber dort lasse man sie eben einsehen - ruben. Bereits definitiv aber sei ein Hr. Tönnissen nicht befähigt. Es sei doch höchst wünschenswert, daß der Minister die eingeforderten Gutachten und Berichte der Provinzialbehörden aufs genaueste prüfe. Diese Berichte seien nicht zuverlässig. Da liegt der Hase begraben, (Heiterkeit) oder wenn es richtiger ist, da liegt der Hase im Pfeffer. Diesen Berichten gegenüber ist die größte Vorsicht nötig, damit wir wieder das nötige Vertrauen zur Verwaltung gewinnen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Die Grundsätze, nach denen ich glaube bei der Befähigung von Communalbeamten sowohl wie bei der Bestellung von Staatsbeamten oder der Empfehlung solcher Beamten an allerhöchster Stelle ausgehen zu müssen, habe ich in der vorigen Session ausführlich vor Ihnen dargestellt. Diese Grundsätze sind nicht auf augenblickliche Verhältnisse berechnet; sie sind der Ausfluß dessen, was der Staat in Beziehung auf seine Beamten wahrnehmen muß, und ich kann Ihnen deshalb die Aussicht nicht eröffnen, daß ich von diesen Grundsätzen abweichen werde. Sie gehen im wesentlichen dahin, daß ich mich überzeugt halten muß einerseits von der Qualifikation des Mannes, andererseits von ihm eine loyale, bestimmte Ausführung der Gesetze und Unterordnung unter dieselben erwarten. Hieran muß ich jetzt wie damals und unter allen Umständen festhalten. Weit entfernt liegt es mir, in dieser Beziehung das Maß des Willigen zu überschreiten und die Grundsätze rigoros zu handhaben. Es ergibt sich daraus von selbst, was der Herr Vorredner mir besonders empfahl, daß ich die Berichte mit einer gewissen Vorsicht aufnehme. Sie werden in der That mit der äußersten Sorgfalt geprüft, und auch darauf das Augenmerk gerichtet, ob irgendwo eine Befangenheit oder irrthümliche Auffassung vorliegt; aber der Anbeterung des Herrn Vorredners, als ob ich mich auf die Berichte der Provinzialbehörden nicht verlassen könnte, muß ich auf das allerbestimmteste widersprechen. (Waboo! rechts.) Ich habe nicht das geringste Recht, anzunehmen, daß mir Berichte, welche den Thatsachen nicht entsprechen oder eine tendenziöse Färbung tragen, eingeliefert werden. Im Einzelnen sind nun die Angelegenheiten der Herren Wulff, Frhr. v. Spieß und Dr. Fackelbein in der Ministerialkanzlei noch nicht entschieden und mir in diesem Augenblick auch die Details nicht gegenwärtig. Was aber den Fall Tönnissen ins Heinsberg anbetrifft, so habe ich allerdings Bericht eingefordert und kann nur sagen, daß vollkommen glaubwürdige Zeugnisse die Qualifikation des Nennannten so zweifelhaft machen, daß es nicht wohlgethan er-

scheinen konnte, die Befähigung auszusprechen. Ich kann ja selbst die Qualifikationen nicht prüfen, berufe mich aber wiederholt auf die gedachten glaubwürdigen Zeugnisse. Die vorliegenden Thatsachen hängen also mit dem sogenannten Culturkampf gar nicht zusammen. (Widerpruch im Centrum.) Ob derjenige, der sich nachher weniger günstig über die Qualifikation geäußert hat, dem betreffenden Herrn gegenüber sich anders ausgesprochen hat, entzieht sich meiner Beurtheilung und hat auch kaum etwas zu bedeuten. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst:

Ich bedauere, daß die Worte des Herrn Ministers mir nicht genügen und mich zwingen, ihm entgegenzutreten. Seine allgemeinen Grundsätze wird niemand angreifen. Aber die einzelnen Fälle geben zu diesen Grundsätzen eine falsche Illustration. Der Fall Spieß ist doch höchst eigenthümlich. Ein Mann, der die Ehre hat, königlicher Kammerherr zu sein, wird doch wol zum Beigeordneten taugen, und um dies zu beurtheilen, braucht man kein Jahr. Ähnlich liegt der Fall mit dem Bürgermeister Tönnissen. Was den Bürgermeister Wulff anlangt, so ist dieser Mann, wie meine feste Ueberzeugung ist, allerdings darum nicht befähigt worden, weil er römisch-katholisch ist und den Ruch hat, in die Kirche zu gehen. Es gibt keinen andern Grund für die Nichtbefähigung dieses Mannes als die Abneigung des Regierungspräsidenten in Arnberg und des Oberpräsidenten von Westfalen gegen alles, was katholisch ist. (Widerpruch; Unruhe.) Unter Collegen Fackelbein, welcher sich vielfach bereits als Communalbeamter bewährt hat, ist allerdings nicht gewählt worden, weil er Mitglied der Centrumpartei ist. Ich bin der Ansicht, daß die Art, wie jetzt das Befähigungsrecht der Communalbeamten gehandhabt wird, das Communalwahlrecht völlig illusorisch macht. Ich bedauere, daß ich bei Beginn der Session in der unangenehmen Lage bin, solche Fälle constatiren zu müssen, aber hier muß eine Aenderung eintreten, und ich glaube, daß schon ein bloßes Rescript des Herrn Ministers, daß Angehörigkeit zur Centrumpartei kein Grund für Nichtbefähigung sein soll, Wunder wirken würde. Allerdings muß der Herr Minister sich auf die Berichte seiner Organe verlassen. Aber es handelt sich darum, ob diese correct referiren wollen und ob sie es können. Daß sie es wollen, will ich nicht in Zweifel ziehen, wohl aber weiß ich, daß sie es nicht können, weil sie entschieden durch die bisherige Praxis noch zu befangen sind.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Ich habe den Eindruck, als sei es dem Herrn Vorredner ergangen wie jedem, der nicht mit Ruhe, sondern mit Erregung spricht. Zunächst hat er gesagt, der Bürgermeister Wulff sei nicht wieder befähigt worden, weil er römisch-katholisch sei und in die Kirche gehe. Dieser Behauptung fehlt jedwedes Fundament! Die Details von dergleichen Befähigungsachen eignen sich nicht zur Erörterung in der großen Öffentlichkeit, sie brauchen aber auch nicht verborgen zu werden, und wenn es Herrn Windthorst interessiert, die Gründe der Nichtbefähigung zu erfahren, so bin ich bereit, sie ihm mitzutheilen. Es sind bestimmte Thatsachen, nicht allgemeine Anschauungen über seine Richtung. Wenn es in der That etwas stark, wenn der Vorredner von mir den Erlaß eines Einbürgerrescriptes an die Behörden verlangt, worin ich anriethe, die Nichtbefähigung nicht zu beantragen, wenn die Gewählten römisch-katholisch seien, resp. dem Centrum angehörten. Solche Verfügung ist ganz entbehrlich, denn aus diesen Gründen allein ist noch niemals eine Befähigung verweigert worden. (Widerpruch und Zustimmung.)

Abg. Dr. Miquel:

§. 143 der neuen Gerichtsordnung überläßt es den Regierungen der Einzelstaaten, diejenigen Beamten zu bezeichnen, welche als Sicherheits- und Polizeibeamte der Jurisdiction des Staatsanwalts unterstehen. Es war nicht möglich, diese Beamtenkategorien in dem Gesetze zu bezeichnen, da die Nomenclatur für dieselben in den verschiedenen deutschen Staaten außerordentlich verschieden ist. Nun hat Preußen als solche Beamte, welche den Anordnungen des Staatsanwalts unmittelbar Folge zu leisten haben, die Landräthe, die Kreisauptleute, die Amtshauptleute, die Polizeiräthe nicht bezeichnet, wohl aber die Oberbürgermeister. Ich muß behaupten, daß diese Anordnung durchaus dem Geiste des Gesetzes widerspricht. Es haben nun auch die

rheinischen, die hannoverschen und viele andere altpreußische Städte gegen diese Bestimmung remonstrirt. Ich erlaube mir, die Frage an den Herrn Minister zu richten, ob er geneigt ist, diese Remonstrationen zu berücksichtigen und Abhilfe zu schaffen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Ich muß es bestreiten, daß die von mir getroffene Anordnung dem Geiste des Gesetzes widerspricht; daß die Bürgermeister Beamte der Justizpolizei sind, ist fast in allen Städteordnungen bereits ausdrücklich bestimmt, besonders aber ist diese Bestimmung in der rheinischen Städteordnung enthalten. Es war also natürlich, sich doch vor allen an die bestehenden Rechtszustände anzuschließen. Es ist nun allerdings richtig, daß von allen Seiten dagegen remonstrirt worden ist. Ich habe infolge dessen sofort Anlaß genommen, mich mit dem Herrn Justizminister ins Einvernehmen zu setzen, und bin in der Lage, schon heute soviel als möglich Abhilfe zusagen zu können, wenigstens für diejenigen Städte, in denen genügende städtische Polizeiorbane zur Verfügung stehen.

Abg. v. Pskowski beklagt sich über zu strenge Handhabung der Vereinsgesetze und zu lästige Ueberwachung der Versammlungen in der Provinz Posen.

Abg. Berger:

Auch ich bin in der Lage, den Herrn Minister wegen einer Befähigungsangelegenheit zu interpelliren, ohne indess dem Abg. Bachem auf das Gebiet des Culturkampfes zu folgen. Ich möchte vielmehr Auskunft erbitten, wie es möglich ist, daß moralisch und technisch völlig unbrauchbare Subjecte befähigt werden. Ich will indessen für heute davon absehen, da ich mir erst noch ausführlicheres Material beschaffen will, behalte mir aber den speciellen Fall für die dritte Lesung ausdrücklich vor. Meine Ansicht ist heute nur, an den Herrn Minister, da ja die beiden Häuser des Landtages nach dem Staatshandbuche merkwürdigerweise zu seinem Ressort gehören, die Frage zu richten, wann und eine Antwort auf die im vorigen Jahre gefassten Resolutionen zuteil wird.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Sobald mir der Fall, daß ein Bürgermeister ohne die nötige technische und moralische Qualifikation befähigt wurde, durch den Abg. Berger mitgetheilt sein wird, werde ich die eingehendste Untersuchung eintreten lassen. Was die zweite Frage des geehrten Herrn anlangt, so wird dem hohen Hause in kürzester Frist die übliche Uebersicht über die von demselben gefassten Resolutionen nebst den Entschliessungen des Staatsministeriums zugehen.

Abg. Windthorst:

Der Herr Minister hat vorhin bemerkt, ich sei erregt gewesen. Ich kann ihn versichern, daß ich die Dinge alle möglichst ruhig ansehe, muß aber bekennen, daß die erörterten Vorgänge allerdings sehr wohl gereizt sind, im höchsten Grade zu erregen und anzuregen. Man hat gesagt, daß Verhandlungen stattfänden, um den Culturkampf beizulegen; davon sehe ich zwar nichts, aber diese Dinge, die hier beklagt werden, kann man auch ohne solche Verhandlungen ändern, und es muß Aenderung eintreten, wenn man überhaupt noch daran glauben soll, daß Gerechtigkeit im Lande herrscht. Ich verlange vom Herrn Minister für heute nur, daß er eine gründliche Untersuchung der einzelnen Fälle durch Specialcommissare zusagt; eine solche Zusage kann ihm doch nicht schwer werden, nachdem er dem Abg. Berger gegenüber so bereitwillig Remede zugesagt hat. Was den Fall Wulff anlangt, so werden ich und Dr. Wulff uns sehr freuen, wenn die Gründe der Nichtbefähigung mitgetheilt würden; das clair obscur ist für den Wulff unerträglich. Ich beantrage hiermit ausdrücklich die sorgfältigste Untersuchung dieses Falles durch einen Specialcommissar. Ich bleibe dabei, daß die Provinzialbeamten guten Willen haben, aber sehr befangen sind. Der Herr Minister bezeichne meinen Wunsch nach einem Rescript, durch welches Beanstandung der Gewählten wegen ihres katholischen Glaubens oder ihrer Angehörigkeit zur Centrumpartei ein für allemal unterlagert wird, als einen zu weit gehenden. Nun, hofentlich wollte der Herr Minister dieses Rescript vielmehr als nicht nötig erklären. Es ist allerdings sehr schmerzhaft, daß der Gedanke überhaupt nur möglich ist, daß die Zugehörigkeit zur kato-

Nicht allein in streng kirchlichen Kreisen, sondern auch in solchen, die toleranter denken, hat die Affaire Kalthoff's bei seiner Civiltrauung übrigens gerechtes Versehen erregt. Er, der frühere Geistliche, brauchte der frommen, kirchlichen Sagung, auf die in Berlin Gott sei Dank noch jedes simple Bürgermädchen hält, wenn es an der Seite des geliebten Mannes den schweren Gang durch das Leben machen will, nicht so herausfordernd die Stirn zu bieten und einen freigesunnten Geistlichen, wie den Prediger Resler von der französisch-reformirten Gemeinde, nicht in die unangenehme Lage zu bringen, sich wegen der bei dieser Civiltrauung von ihm abgehaltenen religiösen Familienfeier „im Talar“ die wohlverdiente Rüge zu holen. In allen Dingen gibt es ein gewisses Maß, gibt es bestimmte Grenzen. Die Appellation des Predigers Resler an den Oberkirchenrath wird ihm nichts helfen, denn man könnte es fast als gewiß verbürgen, daß derselbe das Consistorium in dieser für einen Geistlichen doch recht unerquicklichen Angelegenheit nicht im Stiche lassen wird.

Das Berliner Tageblatt, von welchem sein - soll ich sagen glücklicher oder unglücklicher? - Besitzer behauptet, es habe 75000 Abonnenten, hat in einem längern, recht hochhaften Artikel sich über die Antisemitentümliche Lustig gemacht und jene Leute, die unter einer Million Christen den Ruch besaßen, gegen viele keineswegs zu leugnende Unzutruglichkeiten des Berliner Judenthums im Geschäftsleben Front mit Nennung ihrer Namen zu machen, an den Pranger der Lächerlichkeit gestellt. Einzelne Consequenzen, wenn auch zur Zeit noch harmlose, erscheinen bereits auf der Bild-

fläche im Handel und Wandel. So hat der Chef eines großen israelitischen Manufacturwaarengeschäfts seinen jungen Leuten untersagt, bei einem der Antisemitentümlichen angehörigen benachbarten Conditor ihren Kaffee einzunehmen. Ob der gemäßigtere christliche Conditor seinen überflüssig gewordenen Kaffee an Christen absetzen und dabei stolz als echter Berliner das geflügelte Wort „Wat id mir davor loofe!“ gebrauchen wird?

Doch Scherz beiseite! So scheinbar kleine, aber unliebsame Ansätze können gefährlich werden, wenn die glimmenden Kohlen zu einer Flamme angefaßt werden. Also von beiden Seiten Mäßigung und Duldsamkeit! Bei den Christlich Socialen ist die sogenannte Judenfrage, seitdem in den öffentlichen Discussionen auch jüdische Mitbürger zu der leidigen Frage ganz verständlich gesprochen, sobald selbst Hosprediger Sticker ihrer Meinung nichts anhaben konnten, bereits im Abwinken begriffen. Wenn die jüdische Presse ihren Heißspornen, die für Israels irdische Vortheile in Berlin so eifrig zu plaidiren wissen, den Rappzaum strenger anlegt, dann werden die in den größern, nicht speciell unter jüdischem Einfluß stehenden Blättern noch nicht acut hervorgetretenen Empfindlichkeiten sich abschwächen, und es wird dann besser um den confessionellen und bürgerlichen Frieden stehen.

Auch gegen Hr. Maybach sollten die Börseblätter nicht so wüthen. Der Minister hat seine Ansicht über die Börse freilich dahin gemildert, daß er die realen Geschäfte nicht unter den Schatten des bösen Giftbaumes gestellt sehen will. Aber welche Unmasse von verwerflichen Speculationsgeschäften lagert sich nicht

unter diesem gefährlichen Schatten! Wenn die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft sich so sehr für den guten Ruf der Börse ereifern, dann sollten sie doch zuerst vor der Thür des goldenen Tempels in der Burgstraße kehren und die Jobber und Fixer, die ganz freventlich mit fingirten Summen herumspeculiren, bis dann der böse, böse Ultimo das Wein und Dein ausgleicht, hinausjagen. Oder man sollte diese Hazardspiele, die das Kapital des kleinen Mannes durch das Schwanken der Course in Mitleidenschaft ziehen und selbst mit der lieben Gottesgabe Hause und Baiste treiben, mit recht hohen Steuern belasten. Es ist schlimm, daß man „in dieser Noth der schweren Zeit“, wo keiner mehr ein wahres Wort vertragen kann und gleich bis zum Uebersich empfindlich wird, nach rechts und links anstößt, wenn man unverhohlen den vom Parteistandpunkte oft so krankhaft beherrschten Menschen die Wahrheit sagt.

Da lobe ich mir die ganz ungetrübte, ganz einmältige Stimmung unserer (doch sonst vom Parteienhader oft sehr stark beherrschten) Berliner, wenn sie mit hoher Befriedigung von allen, selbst den kleinsten Details Kenntniß nimmt, welche unsern greisen kaiserlichen Herrn angehen. Gehen wir Preußen die Geschichte unsers Hohenzollernhauses seit dem ersten Könige von Preußen bis zum ersten Deutschen Kaiser durch, so ist wol nächst dem alten Fritz und Friedrich Wilhelm III., dem Gerechten, wie ihn die Geschichte nennt, kein Monarch so populär wie unser mit jugendlicher Frische einherscheidender Kaiser Wilhelm. Die Last der Regierungsgeschäfte nimmt den Monarchen oft bis in die späten Abendstunden in Anspruch. Dazu

lischen Religion oder zu einer Fraktion dieses Hauses der Grund für Nichtbestätigung eines Gewählten sein könne. Ich bitte doch allen Ernstes darum, daß man im Ministerium des Innern sich darüber klar werde, ob es jetzt noch an der Zeit ist, den Kampf mit solcher Schärfe zu führen. Man spricht fortwährend von Verhandlungen; ich habe es noch nie erlebt, daß man während der Friedensverhandlungen den Krieg fortführt, wenigstens macht man doch Waffenstillstand. Was ich ausspreche, ist die allgemeine Anschauung der ganzen katholischen Bevölkerung Preußens. Die Katholiken sind doch auch Landesangehörige und ebenso berechtigt, auf den Schutz und die Gerechtigkeit Anspruch zu erheben wie alle andern Unterthanen des Königs von Preußen. Ich werde mich freuen, diese Ansicht vom Herrn Minister bestätigt zu hören.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Dem letzten Appell des verehrten Herrn Borredners kann ich vollkommen zustimmen. Die katholischen Unterthanen haben genau denselben Anspruch auf Recht und Gerechtigkeit wie jeder andere. Ich möchte dann noch meine vorige einer Mißdeutung vielleicht fähige Äußerung richtig stellen. Ich möchte dieselbe dahin präzisieren, die Religion und der Kirchenbesuch kann nie und unter keinen Umständen Grund sein zu irgendwelchen Nachtheilen für die betreffende Persönlichkeit. Die Zugehörigkeit zum Centrum kann für sich allein auch kein Grund sein, die Bestätigung zu verweigern. Diese Erklärung ist, glaube ich, ebenso selbstverständlich als correct. Daß ich zu Herrn Berger entgegenkommender mich verhalten habe, liegt an der Art und Weise, wie mir entgegengetreten worden ist. Im übrigen hat ja Hr. Abg. Bachem selbst ausdrücklich erklärt, daß ich auf die vorjährige Anregung die nöthigen Nachforschungen habe eintreten lassen. Zusagen kann ich aber nicht, daß die Angelegenheit nochmals durch einen besondern Commissar untersucht wird, da ich keine Ursache habe, Mißtrauen in die Wahrsamkeit und Fähigkeit der Beamten zu setzen.

Abg. Bachem:

Der Minister habe in Unkenntniß der Dinge, die hinter den Coullissen in dem Falle Tönnissen gespielt hätten, allerdings formell zu einem andern Entschlusse nicht kommen können. Die Zeugnisse bezüglich ihrer Güte zu bezweifeln könne aber kein Grund vorhanden sein. (Redner verliest eine der letzten Zeugnisse, das in der That für den H. Tönnissen, Referententenant und Polizeianwalt, sehr günstig lautet.) Auch der Landrath hat noch im Juli 1878 dem Wanne ein ausgezeichnetes Zeugniß ausgestellt! Hat der Minister dieses verächtliche Spiel hinter den Coullissen getannt? Er hat es nicht getannt und die Wahl ist nicht bestätigt! Jetzt kann der Mann auch in andere Stellungen nicht gelangen, überall steht ihm die Nichtbestätigung im Wege, seine ganze Carrière ist ruiniert! Wegen dieser Ungerechtigkeit empören wir uns und werden kämpfen, bis Remedur geschaffen ist! (Lebhafte Weisfall im Centrum.)

Minister Graf zu Eulenburg hebt nochmals hervor, daß die Confession bei der Bestätigungssfrage durchaus keine Rolle gespielt habe (Widerspruch im Centrum), sondern daß die Zweifel über die Qualifikation das alleinige und entscheidende Moment gebildet hätten. Ob hierbei einem Beamten bei Ausstellung von Attesten ein Vorwurf zu machen sei, das werde allerdings untersucht werden. Bis dahin bitte ich Sie aber, Ihre Urtheile zurückzuhalten!

Abg. Hansen bittet den Minister, die Gardes- und Kirchspielbünde in Schleswig-Holstein thunlichst von politzischen Functionen entbinden zu wollen.

Minister Graf zu Eulenburg:

Ich habe vorhin ganz allgemein in Bezug auf die Verhältnisse sämtlicher Großstädte im Staate die Erweiterung der Frage zugesagt, ob und inwiefern die Bürgermeister von der Verwaltung der Polizei entbunden werden können. Die Gardes- und Kirchspielbünde aber sind Beamte der gerichtlichen Polizei und müssen ihrer Stellung und Aufgabe nach solche auch bleiben.

Abg. vom Heede nimmt die Behörden der Provinz Westfalen gegen die Vorwürfe des Abg. Windthorst in Schutz, als ob diese eine besondere Abneigung gegen

alles, was katholisch sei, hätten. Kamentlich von dem Regierungspräsidenten v. Steinmann zu Arnberg sei bekannt, daß er im Culturkampfe keine schroffe Stellung eingenommen habe.

Abg. Windthorst hat nicht den guten Willen der Beamten, wohl aber die Unbefangenheit derselben angezweifelt; es könnte freilich in der jüngsten Zeit der andere Wind, der jetzt wehe, auch bis nach Arnberg gedrungen sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. vom Heede muß zugeben, daß die Ernennung eines katholischen, sehr kirchlich gesinnten Amtmanns für eine überwiegend evangelische Stadt von 8000 Einwohnern erst innerhalb der letzten drei Monate erfolgt ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Schröder-Pippstadt constatirt, daß das „berühmte“ Ausweisungsgesetz nirgends so scharf gehandhabt worden sei, als gerade im Regierungsbezirke Arnberg.

Tit. 1 wird unverändert bewilligt.

Tit. 2: ein Unterstaatssecretär 15000 M., wird ohne Debatte genehmigt. Bei Tit. 3 verlangt die Regierung für einen neuen Ministerialdirector 15000 M., die Budgetcommission beantragt die Streichung dieser Forderung. Das Haus beschließt dem Antrage der Commission gemäß, setzt auch bei Tit. 7 die Summe von 1500 M. an Wohnungsgeldzuschüssen ab.

Bei Kap. 84: Statistisches Bureau 386683 M., bemängelt Abg. Frhr. v. Wendt die unvollkommene und ungenaue Herstellung der statistischen Mittheilungen in den amtlichen statistischen Jahrbüchern:

Unter andern sei die Schulstatistik sehr mangelhaft, da noch die neuesten Angaben auf Erhebungen basiren, die 1871 angefertigt sind; von Simultanschulen z. B. erfährt man gar nichts. Dasselbe sei der Fall mit der Statistik des Grundeigentums und der Forstgrundstücke. Andererseits sind vielfach überflüssige Tabellen und Gruppierungen vorhanden, die auch gleichzeitig vom deutschen Reichsbureau für Statistik bearbeitet werden. In diesen Beziehungen wäre Abhilfe dringend erwünscht.

Regierungscommissar Geheimrath Herrfurth:

Die gewünschte Remedur ist theilweise bereits erfolgt; schon seit längerer Zeit wird keine Arbeit des preussischen Statistischen Bureau ohne Vorwissen des deutschen Statistischen Amtes angeordnet.

Abg. Schmidt-Stettin glaubt nicht, daß die Zweifel an der Zuverlässigkeit der Angaben unbegründet seien, da sich die preussische Statistik in der ganzen Welt eines wohl begründeten Rufes erfreue.

Abg. Dr. Hegidi:

Der Gedanke einer Combination von deutschen und preussischen Aemtern, wie ihn auch der Borredner im Sinne hatte, findet auf seiten des Reiches kein großes Entgegenkommen, wie sich noch in der allerjüngsten Zeit bei einer viel wichtigeren Angelegenheit (Vereinigung des Reichs-Justizamts mit dem preussischen Justizministerium erwiesen hat.

Regierungscommissar Geheimrath Herrfurth:

Die Vereinigung beider statistischen Aemter ist seinerzeit bei Gründung des deutschen Statistischen Amtes erwogen worden, das Reich hat aber nicht das ganze Gebiet der Statistik zur Reichssache machen wollen, da die Zwecke der Reichs- und Landesstatistik zu verschiedene seien.

Abg. Windthorst:

Daß die Vereinigung, von der Dr. Hegidi zuletzt sprach, nicht stattgefunden hat, gereicht mir zu großer Befriedigung und wird der Justiz wesentlich nützen! (Weisfall im Centrum.)

Tit. 1: Director und Räte des Statistischen Bureau 36900 M., wird hierauf bewilligt; von den 17 Bureau-beamteten hat die Commission 2 mit zusammen 6000 M. gestrichen, sowie 1080 M. an Wohnungsgeldzuschüssen. Bei Kap. 90, Tit. 1: 487 Landräthe, Kreis- und

Amtshauptmänner mit 3600—4800 M., 2,148128 M., befragt sich Abg. Theising über verschiedene Uebergriffe von Amtsvorstehern im Kreise Reiffe.

Abg. Dr. v. Jatzewski beschwert sich darüber, daß bei den Wahlen die Publicationen der Amtsvorstehere in Posen nur in deutscher, nicht auch in polnischer Sprache erfolgen. Zugleich erwähnt er, daß Gefangene, um zu wählen, freigelassen worden sind.

Abg. Windthorst findet die letztere Nachricht ungläublich und bittet um eingehende Untersuchung:

Uebrigens sei der Landrathsposten der wichtigste und einflußreichste im Staate. Leider sei der Gedanke, welcher diesem Amte ursprünglich zu Grunde lag, im Laufe der Zeit verwischt worden. Der Landrath soll der im Kreise angesehenste Mann sein, welcher in den Verhältnissen des Kreises aufgewachsen und mit denselben vertraut ist. Solche Leute sieht man aber nur noch in geringer Zahl im Amte. Statt ihrer zieht man mehr Assessoren heran. Besonders im Westen hat man nur zu viel dieser äußerst strebsamen, ich betone strebsamen (Heiterkeit), jungen Leute placirt. Möge man diese Leute baldmöglichst zurückrufen. Ich will hier nun von dem Borgehen der dortigen Landräthe gegen die barmherzigen Schwefeln reden, für welches ich eine parlamentarische Bezeichnung nicht habe. (Rufe: Culturkampf!) Ja, zu meinem Schmerze hat der Culturkampf noch immer nicht aufgehört, und ich bin gezwungen, immer wieder davon zu sprechen. Wollen Sie nichts mehr davon hören, so schaffen Sie die Ursache zu unsern Beschwerden ab. Bei dem Etat des Cultusministeriums werde ich darauf zurückkommen, bitte aber den Herrn Minister, dann einen Commissar zu senden, da hier das Ministerium des Innern noch wichtiger ist als das Cultusministerium.

Hierauf wird die Position bewilligt.

Tit. 3: 495 Kreissecrätäre mit 2100—3300 M., 1,350900 M., wird bewilligt.

Tit. 10: zu Dienstaufwandsentschädigungen für die Landräthe zc. 2,048041 M., wird bewilligt und darauf die Sitzung bis morgen 11 Uhr vertagt. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatberathung.

Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 1. Dec. berichtet der Deutsche Reichs-Anzeiger: „Se. Maj. der Kaiser und König empfangen mittags um 1 Uhr den kaiserlich russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow. Se. kaiserl. und königl. Hoh. der Kronprinz stattete gestern Nachmittag dem kaiserlich russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow in der russischen Botschaft einen Besuch ab.“

Als evidentestes Zeichen für die außerordentliche Spannkraft und Frische, deren sich der Kaiser gegenwärtig erfreut, möge die der Berliner Montags-Zeitung zukommende Nachricht gelten, daß der Kaiser gelegentlich der jüngsten Hofsjagd in der Gegend hintereinander drei Partien Billard gespielt hat, von denen er, zu seinem eigenen großen Ergötzen, zwei Carambolagepartien gewann.

Ueber einen Unfall, welcher den Kaiser gelegentlich der Hofsjagd bei Springe bedrohte, schreibt man dem Hannoverischen Courier: „Der Domänenpächter Baron v. Schmeun zu Springe hatte dem Kaiser sein Gespann zur Jagdtour im Saupark zur Verfügung gestellt und, da der Kaiser das Anerbieten acceptirte, selbst den kaiserlichen Wagen zu lenken übernommen. Unterwegs ereignete sich der Unfall, daß die Zugstangen an einer steilen Stelle des Bergweges rissen und der Kaiser Gefahr lief, mit dem Gefährten rückwärts des Berges heruntergeschleudert zu werden. Zum Glück blieb jedoch der Unfall ohne Folgen und der

treten die vielen täglichen persönlichen Meldungen. Die fast täglichen Entreueves mit dem Polizeipräsidenten v. Madai, dem Geh. Hofrath Bork, dem Privatsecretär des Kaisers, der viel von den Wittschriften und noch mehr von der dabei immer offenen, freigebigen Hand des kaiserlichen Herrn zu erzählen weiß, dem Generalintendanten v. Hülsen, der über fünf Hoftheater zu berichten hat, welche Anstalten zur Hebung der dramatischen Kunst der Privatcavouille des Kaisers jährlich etwa 500000 Thlr. kosten, die Pensionen noch nicht mit eingerechnet! Dann verlangt die Hofcourtoise auch ihre Rechte, und vor allen Dingen erheischt die Gesundheit des Kaisers fast tägliche Bewegung in freier Waldbesucht, wozu die jetzigen Jagden, die allerdings mit der Eile des Dampfes abgemacht werden müssen, das Ihrige beitragen.

Leipziger Stadttheater.

Leipzig, 2. Dec. Wenn der mehrjährige Leiter unser Stadttheaters, Hr. Friedrich Haase, sein anerkannt ausgezeichnetes Talent als darstellender Künstler seinem Nachfolger in der Direction in einem Gastspiele zur Verfügung stellt, so ist dies ebenso ehrenvoll für ihn selbst, der dadurch behundet, daß er dem künstlerischen Interesse jede persönliche Empfindung hintersetzt, wie für Hr. Dr. Förster, dem durch die Einordnung eines so berühmten Gastes in den Rahmen seines Ensembles das beste Zeugniß für seine Führung des Theaters ausgestellt wird.

Hr. Friedrich Haase begann sein Gastspiel gestern in Drachvogel's „Narcis“.

Daß Hr. Haase's künstlerische Leistungen in Leipzig noch im besten Andenken stehen, bewies der ungeheure Zudrang zum Theater, bewies der lebhafteste Zuzuf, mit welchem der Künstler sogleich bei seinem Auftreten empfangen, sowie der Lorberkranz, der ihm zugeworfen ward, bewies endlich der wiederholte und anhaltende Beifall und Hervorruf, womit das Publikum ihn nach jedem Acte, worin er auftrat, ehrte.

Hr. Haase's Narcis ist hier von früher her hinlänglich bekannt, und es hieße Eulen nach Athen tragen, wollten wir eine eingehende Kritik desselben schreiben. Wir bemerken daher nur, daß uns ganz besonders fein ausgearbeitet erschienen einmal die Scene, wo Narcis in dem philosophischen Salon verkehrt — äußerlich fast cynisch-salop und dabei doch mit einer gewissen geistigen Ueberlegenheit —, sodann die, wo er der Doris Duinault die Geschichte seines unglücklichen und zerstörten Lebens erzählt.

Von der Darstellerin der Duinault, Frau Western, ward ihm dabei trefflich secundirt, wie denn überhaupt das Stück in allen seinen Hauptpartien (Königin Maria Frau Senger, Marquise d'Epinau Fr. Kirchhöffer, Herzog v. Choiseul Hr. Johannes, Kammerherr du Barry Hr. Conrab, de Saint-Lambert Hr. Ellenreich, Holbach, Grimm und Diderot die Herren Peltiera, Tich und Stürmer) durchaus gut besetzt war.

Als Marquise v. Pompadour trat Frau Geisinger auf und ließ uns abermals bewundernd erkennen, wie diese Künstlerin in jede Rolle, die sie ihrem Repertoire einfügt, sich hineinzuleben versteht. Die Töne des Vollgefühls der Nacht, auf deren Gipfel die Pompadour steht, gelangen ihr ebenso gut wie die der weichern Em-

pfung und der elegischen Erinnerung an das Liebesglück ihrer Jugend, das sie zwar gegen ein reicheres Leben eingetauscht, aber niemals ganz verschmerzt hat. Den letzten Kampf, den dieser stolze Geist mit der ihn umgarnenden Intrigue und mit dem eigenen versagenden Körper besteht, bis endlich fast gleichzeitig der moralische und der physische Zusammenbruch erfolgt, wußte die Künstlerin mit Wahrheit, doch ohne Uebertreibung, wodurch er leicht peinigend wird, darzustellen. Mit Recht theilte sie mit dem berühmten Gast die Ehren des Abends.

„Zweijährig-Freiwillige. Ein Vorschlag zur Erleichterung der Wehr- und Steuerpflicht des Volkes“ von Hermann Rosenthal (Berlin, Dörner) heißt ein ganz kleines Schriftchen, worin der Vorschlag, neben den Einjährig-Freiwilligen auch Zweijährig-Freiwillige einzuführen, entwickelt und motivirt wird. Die Bildungstufe, welche dazu qualificirt, soll etwa die der Quarta eines Gymnasiums sein; der Zweijährig-Freiwillige soll sich nicht ganz auf eigene Kosten equipiren und unterhalten, sondern nur eine „Selbstbesoldung“ für zwei Jahre in Höhe von 180 M. im voraus erlegen müssen. Der Staat ersparte diese 180 M., ferner nahezu ein Jahr Obnahrung und Erhaltung des Soldaten, bezöge endlich von dem ein Jahr früher erwerbssähig gewordenen Manne Steuer, kurz, der Verfasser rechnet heraus, daß bei etwa 4000 Zweijährig-Freiwilligen das Militärbudget um jährlich 30—31 Mill. M. erleichtert, außerdem die productive Kraft des Volkes gesteigert würde. Der Vorschlag scheint immerhin der Prüfung werth.

— Der Deutsche Kaiser hat, wie das Deutsche Montags-Blatt hört, der Signora Abolina Patti die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Kaiser konnte wohlhalten einen andern bereit Rehen- den Wagen bestiegen und seine Jagdtour unbeschädigt fortsetzen."

Den Hamburger Nachrichten schreibt man von der Elbe unterm 29. Nov.: "Wir glauben aus ziemlich zuverlässiger Quelle die interessante Mittheilung hier machen zu dürfen, daß der jetzige Besuch des dänischen Königs paares in Berlin wesentlich die Regelung der Verhältnisse des Herzogs von Cumberland zum deutschen Kaiserhofe zum Zweck hat, und bereits die Schwägerin der Herzogin von Cumberland, bei ihrer künftigen Anwesenheit am preussischen Hofe hierbei mitzuwirken sich bemüht. Man verlangt von preussischer Seite, und zwar mit vollem Recht, daß der Herzog von Cumberland öffentlich den jetzigen Zustand im früheren Königreiche Hannover anerkenne und für sich und seine etwaigen Nachkommen feierlich auf seine Rechte auf dessen Thron Verzicht leiste. Für diesen Preis will man preussischerseits den Herzog von Cumberland und dessen Nachkommen als rechtmäßige Thronerben im Herzogthum Braunschweig anerkennen und nach dem Tode des jetzigen Herzogs kein Hinderniß bei der Annahme der Herzogwürde im braunschweigischen Lande in den Weg legen, und zweitens den jetzt noch mit Beschlag belegten Theil des welfischen Hausvermögens dem Herzog zurückgeben. Von russischer, österreichischer und dänischer Seite soll man sich sehr für das Zustandekommen dieses Ausgleichs interessieren, die junge Herzogin von Cumberland auch dafür eingenommen sein, der Herzog selbst aber zwar auch diesen Friedensact gern annehmen wolle, während einige einflußreiche Edelleute aus der sogenannten Welfenpartei in der Provinz Hannover ihn auf alle mögliche Weise davon abzubringen sich bemühen, da sie dann ihr Ansehen zu verlieren befürchten."

Aus Berlin vom 1. Dec. wird der Magdeburger Zeitung geschrieben: "In etwa acht Tagen steht man der Rückkehr der österreichischen Commissare entgegen, welche hier die Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag wieder aufnehmen sollen. Es ist nun so viel Zeit vergangen, daß die Frage der Verlängerung des Vertrages zu einer brennenden geworden ist. So viel hat sich durch die hier stattgehabten Vorverständigungen deutlich ergeben, daß die noch übrige Zeit bis zum Ablauf des jetzigen Vertragsverhältnisses, also bis zum 31. Dec., auch nicht entfernt hinreicht, einen neuen Vertrag abzuschließen. Es heißt, in Oesterreich sei man jetzt geneigt, den Standpunkt, der diesseits, namentlich in der Kohlenfrage, festgehalten wurde, als einen berechtigten anzuerkennen, so daß man zu einem Ausgleich der in dieser Beziehung erhobenen Schwierigkeiten bereit sei; man darf gespannt sein, in welcher Weise der letztere gefunden werden wird."

Gegenüber den österreichischen Stimmen, welche die Stockungen in den handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bereits als Vorzeichen eines Scheiterns derselben zu betrachten scheinen, bemerkt in hoffnungsvollerer Stimmung die National-Zeitung: "Wir unsererseits sind fest überzeugt, daß Fürst Bismarck einen Gedanken, den er in Wien mit so großem Eifer ergriffen, nicht leichthin fallen läßt. Sehr bedeutungsvoll scheint uns die Notiz, daß die Verhandlungen demnach auf diplomatischem Wege weiter geführt werden sollen. Das ist der Weg, der bei uns eingeschlagen werden muß, sollen mit Sicherheit Erfolge errungen werden. Wenn die Wirkung eintritt, daß Verhandlungen, die auf diesen Weg gewiesen sind, sich jeder Kenntniß und Beurtheilung durch die Presse entziehen, so ist das ein Resultat, welches dem Fürsten Bismarck gewiß nicht unerwünscht ist."

Die Entscheidung des Patentamtes bezüglich der Entphosphorung des Eisens beim Bessemerproceß, welche bereits gemeldet wurde, liegt nun in folgender authentischer Mittheilung seitens des Patentblattes selbst vor:

Am 21. Nov. d. J. fand eine Sitzung der fünften Abtheilung des königlichen Patentamtes unter dem Vorsitze des Geh. Oberregierungsrats Dr. Meyer statt, in welcher unter Anziehung der Beteiligten mündlich über die unterm 9. April d. J. erfolgte Patentanmeldung des Sydney Gilchrist Thomas auf ein "Verfahren zur Entphosphorung des Eisens beim Bessemerproceß" verhandelt wurde. Das Patentrecht war von dem Erfinder auf den Hörder Bergwerks- und Hüttenverein zu Hörde und die Rheinischen Stahlwerke zu Ruhrort übertragen worden. Gegen die Patentanmeldung waren neun Einsprüche erhoben. In dem Termine waren 24 Vertreter der Patentsucher und der Einsprechenden erschienen. Nach Verlesung des Referats über die bisherigen schriftlichen Erklärungen fand auf Grund der in dem Referat angenommenen Ordnung der bei Beurtheilung der erhobenen Einsprüche festzubehaltenden Hauptgesichtspunkte, eine eingehende mündliche Verhandlung statt. Die Abtheilung beschloß, das beantragte Patent in einer beschränkten Form zu erteilen. Der Beschluß wurde unter kurzer Mittheilung der Gründe verläutet. Am 22. Nov. folgte unt. r. Vorst. des Unterstaatssekretärs Dr. Jacobi die Verhandlung der Wichtigkeitsanträge, welche von der Union, Actiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie zu Dortmund, der Gutehoffnungshütte, Actienverein für

Bergbau und Hüttenbetrieb zu Saar bei Ruhrort, und der Actiengesellschaft für Eisen- und Stahlwerk zu Dortmund gegenüber dem Hörder Bergwerks- und Hüttenverein zu Hörde und dem Rheinischen Stahlwerken zu Ruhrort bezüglich des auf diese übergegangenen Sydney Gilchrist Thomas'schen Patents Nr. 5669: Verfahren zur Herstellung von feuerfesten basischen Ziegeln durch Mischen von magnetischem Kalkstein mit geringen Mengen von Kiesel-erde, Thonerde und Eisenoxyd, Formen der Masse zu Ziegeln und Brennen derselben bei Weisglühhitze, gestellt waren. Die Neuheit des Patents, welches in Nr. 26 des Patentblattes 1879 vollständig abgedruckt ist, war auf Grund zahlreicher Vorgänge in der Literatur und in der Praxis angefochten. Das Erkenntniß des Patentamtes lautete auf Zurückweisung der Wichtigkeitsanträge, indem angenommen wurde, daß die sämtlichen von den Klägern angeführten Vorgänge mit dem Inhalte des angefochtenen Patents nicht in der Weise übereinstimmen, um die Neuheit der Thomas'schen Erfindungen in Frage zu stellen. Dabei wurde jedoch hervorgehoben, daß der Inhalt des Patents nur in einer bestimmten näher präcisirten Weise zu verstehen sei. Die genauere Mittheilung der ergangenen Entscheidungen kann seinerzeit erwartet werden.

Die vom Bleibenden Ausschusse des Deutschen Handelsstages angeregte Frage, ob in Berlin eine Weltausstellung zu veranstalten sei, findet in der Presse eine sehr verschiedene Beurtheilung. Die Vossische Zeitung schrieb dieser Tage:

Was hat nun Deutschland für Veranlassung, eine Weltausstellung auf fünf bis sechs Jahre voraus in Aussicht zu nehmen? Der Vorwand, Rom, Petersburg, Madrid zuzunehmen, ist doch zu trivial, um ernst genommen zu werden. Man hat dort Gründe genug, um nicht übermüthig zu sein, und aus Angst und Misgunst, daß sie es doch sein könnten, ihren den Rang ablaufen, wäre kindisch. Auf ein Schauspiel in der Hauptstadt des Reiches hat sich die Nation noch nie so verfallen gezeigt, daß sie große Kräfte auf Jahre hinaus darangelegt hätte, und seine Existenz als Reich braucht Deutschland nicht in einer Weltparade zu demonstrieren. Die Berliner Ausstellung ruhte noch auf dem während ihrer Dauer verlassenen Wirtschaftssystem, ob das neue bis zur Ausstellung Bestand haben wird, ist so fraglich, daß wir uns jetzt nicht durch dessen Vertreter in weitläufige und kostspielige Unternehmungen hineinbringen lassen können. Wer weiß, wie wir nach Jahren in der Weltconcurrentz bestehen werden. Politisch ist die Lage abschreckend, nicht ermunternd.

Auch die Neue Preussische Zeitung weist den Gedanken kurz und schroff zurück; mit Bezug darauf, daß schon verschiedene Plätze in Vorschlag gebracht sind, spottet sie, man möge doch über den Platz selbst nicht streiten, bevor die Ausstellung in Sicht sei, und faßt ihr Schlufurtheil dahin zusammen: "Wir wollen hoffen, daß die Frage selbst gegenstandslos bleibt, was so lange der Fall sein wird, als die Regierung bei der nach unserer Meinung richtigen Ansicht beharrt, daß für eine sogenannte Weltausstellung in Berlin die Zeit noch nicht gekommen ist." Dagegen erwärmt sich der diesem Blatte sonst nahe stehende Reichsbote für das Project. Er sagt: "Für unsere deutsche Industrie, welche viel mehr producirt, als wir in Deutschland bedürfen, und die deshalb auf die Weltmärkte angewiesen ist, ist es nöthig, daß ihr die Wege in das Ausland immer mehr gebahnt und die Anknüpfung von Verbindungen erleichtert werde. Durch eine Weltausstellung könnte das sicherlich mehr wie auf jede andere Weise geschehen." Die "Tribüne" hält mit ihrem Urtheil zurück; sie will die Aeußerungen der Handelskammern abwarten, um zu ermitteln, welchen Anhang die Sache in industriellen Kreisen findet und auf welche Theilnahme demgemäß zu rechnen ist.

Die "Post" fertigt das berliner Weltausstellungsproject folgenmaßen kurz ab: "Es ist charakteristisch, daß fast unmittelbar nach einem wirklichen Erfolge, wie ihn die berliner Ausstellung erzielt hat, und hauptsächlich deshalb erzielt hat, weil sie das Gegentheil einer Weltausstellung war, sich das Bestreben geltend macht, zu der alten Schablone zurückzukehren, und wir möchten glauben, daß man kaum irgendwo sonst als in Deutschland einen gleichen Mangel an praktischem Sinn finden könnte."

"Diese verschiedenen Pressstimmen spiegeln", sagt die National-Zeitung, "sehr gut den Zustand der öffentlichen Meinung wider, in der sich eine durchgehende Strömung nicht gebildet hat. Um so entscheidender ist die Stellungnahme der Reichsregierung; da diese die Zeit für eine Weltausstellung nicht gekommen glaubt, vielmehr für eine österreichisch-deutsche Kunstgewerbeausstellung sich interessiert, so scheint uns damit die Richtung gegeben, in welcher die Ausstellungs-tendenz sich verwirklichen werden."

Preußen. Unter der Ueberschrift "Die bedrohten Waldberechtigten" bringt die Hessische Morgenzeitung folgenden Artikel:

Allem Anscheine nach besteht hinsichtlich der gefährdeten Waldberechtigten unter den hessischen Abgeordneten große Einmüthigkeit. Dies ist gewiß höchst erfreulich, aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Zahl der Dessen gar klein ist, und daß daher überall auch die Betheiligten selbst sich rühren müssen, wenn aus Erfolg ihrer Bemühungen mit einiger Sicherheit soll gerechnet werden können. Das ganze Land muß sich gleichsam erheben, um für das bedrohte Rechtsbewußtsein des Volkes einzutreten. Dabei darf man sich nicht auf die "Beeren- und Pilzfrage" beschränken. So wichtig diese ist, und so sehr wir wünschen, daß man die Abgeordneten durch zahlreiche Bittgesuche aus dem ganzen Lande unterstützen möge, umgleich wichtiger ist doch die Forderung, welche den Holzberechtigten in mehrfacher Gestalt droht. Wir sehen hier indeß von den ver-

lebten Auffassungen, welche hinsichtlich der sogenannten Halbengebräuchswaldungen und in Betreff der Abfindung mit Holzgrund bei Ablösung von Holzgerechtigten bestehen; ab; wir stellen darauf ein andermal näher einzugehen; jetzt betonen wir nur die "Holzberechtigungen", wie solche zuletzt in dem hessischen Gesetze vom 28. Juni 1865 geregelt worden sind und worüber gegenwärtig ein neues Gesetz, zunächst dem Herrenhause, vorgelegt worden ist. Diese Gesetzesvorlage bezieht sich also nur auf den Regierungsbezirk Kassel während die vielbesprochene Kräuter-, Beeren- und Pilzvorschrift einem Feld- und Forstpolizeigesetzentwurf für die ganze Monarchie angeht. Beide Gesetzesentwürfe müssen deshalb gesondert behandelt werden, was namentlich auch bei Eingaben an das Abgeordneten-, beziehungsweise Herrenhaus zu beachten ist. Hinsichtlich des Polizeigesetzes muß auf Verwerfung des §. 41, Nr. 2 gedrungen werden, wodurch eine Geldstrafe bis zu 10 M. oder Haft bis zu drei Tagen angedroht ist für jeden, der auf Forstgrundstücken „ohne Erlaubniß des Waldberechtigten" Kräuter, Beeren und Pilze sammelt, oder, falls er einen Erlaubnißschein erhalten hat, denselben beim Sammeln nicht bei sich führt". Statt der Worte „ohne Erlaubniß" hat die Commission in erster Lesung gesagt: „den polizeilichen Anordnungen zuwider oder gegen das Verbot des Waldberechtigten", was aber so ziemlich auf dasselbe hinausläuft und in solcher Gestalt ganz unannehmbar ist. In Betreff der Gesetzesvorlage wegen Verwertung der Forstnutzungen ist hauptsächlich zweierlei ins Auge zu fassen: einmal, daß es beim Vosholze nicht um eine Vergünstigung, sondern um ein uralttes Rechtsverhältniß handelt, das nicht beliebig geändert werden darf, namentlich auch nicht dergestalt, daß der gegenwärtige Unterschied zwischen den gesetzlichen Preisen und dem Verkaufswerte auf 20 Proc. herabgedrückt würde; und sodann, daß die Ausföhrung des Gesetzes, insbesondere die Zuweisung des Holzes, uralttem Herkommen gemäß nicht nach finanziellen Gesichtspunkten, sondern unter wohlwollender Berücksichtigung des Volkswohls in möglichst guten Holzsorten und an möglichst bequemen Abfuhrstellen zu geschehen habe.

Das Berliner Tageblatt berichtet: "Der Kaiser hat auf eine an ihn gelangte Immediateneingabe hin bestimmt, daß in Zukunft die Einberufung der Rekruten bei den einzelnen Armeecorps nicht mehr auf einen Sonntag erfolgen solle. In der Eingabe hatten sich Privatleute über die Ausföhrungen beschwert, welche gerade die Sonntagsruhe störten."

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat, wie die Magdeburger Zeitung hört, im Hinblick auf die Affaire des Dampfes Falke eine genaue Untersuchung der Dampfschiffahrt auf dem Rheine anordnen lassen.

Baden. + Aus Baden, 30. Nov. Bei Verathung der Adressen auf die Thronrede gab der Ministerialpräsident Stöffer in Bezug auf die Stellung der Regierung zu der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche folgende Erklärung ab:

Die Regierung habe keineswegs die Hoffnung, alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Kirche demnachst und für die Dauer auszugleichen; sie werde sich aber bemühen, unter dem Gesichtspunkte des gegenseitigen Bedürfnisses einen Ausgleich von Fall zu Fall herbeizuföhren. Unter diesen Fällen befinde sich in erster Linie die Staatsprüfung der katholischen Geistlichen, und es sei Ansicht der Regierung, daß billigen Ansprüchen auf Aenderung Rechnung zu tragen sei, wenn nicht ein noch höheres Staatsinteresse dadurch verletzt werde. Ein solches Interesse sei die Wahrung des Geborsams vor dem Gesetze. Diese Forderung müsse auch der Kirche gegenüber aufrecht erhalten werden; denn die Meinung des Landes und der Volksobervertretung würde eine Schwäche der Regierung an dieser Stelle nicht ertragen. Wenn es der wichtigsten Corporation des Landes erlaubt sein solle, von sich aus den Geborsam zu versagen, so wäre dies eine bedenkliche Aufmunterung zur Anfechtung und zur Zerstückelung der Staatsordnung. Auf der Wahrnehmung, welche die Regierung zu machen geglaubt habe, daß die Kirche ihre starre Haltung aufbehalte, beruhe die Hoffnung auf Herstellung des Friedens. Sei diese Wahrnehmung eine Täuschung, so wisse sich die Regierung von aller Verantwortlichkeit frei, denn sie sei bis an die äußerste Grenze der zulässigen Nachgiebigkeit gegangen.

In dieser Erklärung liegt, das ist leicht zu erkennen, der Beweis, daß die Beilegung des badischen Kirchenstreites noch nicht so bald zu erwarten ist, wie in letzter Zeit einige Blätter wissen wollten. Daß auch die ultramontanen Volksvertreter es mit der Herstellung des Friedens nicht so eilig haben, das zeigten sie durch die Verweigerung ihres Beitritts zu der Adresse, obgleich sie nicht umhin konnten, deren milde und zuvorkommende Fassung anzuerkennen. Sie stießen sich an folgendem Satze: "Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Wahrung der Würde des Staates und das zu schätzende Ansehen des Gesetzes ernst und aufrichtigen Bemühungen um die Erreichung eines einmüthigen Zusammenwirkens zwischen Staat und Kirche, auch für die katholische Kirche ein Hinderniß nicht bereiten kann." Auch die beiden Conservativen stimmten der Adresse nicht zu und zwar, „weil ihnen dieselbe zu allgemein gehalten sei"; doch verzichteten beide Parteien auf eine Gegenadresse.

Was die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung betrifft, so wird sie mit derselben gegenüber den Kammern einen sehr schweren Stand haben, denn dieselbe wird, wie in der Adresse Gelegenheit genommen wurde anzuländen, von allen Parteien aus bekämpft werden. Man schlägt einerseits lauter indirecte Steuern, andererseits größere Ersparnisse bei den Eisenbahnen (Einstellung von Nachtzügen, Erhöhung der Fahrpreise u.) und bei der Verwaltung

vor. reactionäre der Regierung jurisdigwie

Die I ger Zeit e sich von

Aus 1 Zeitung y Generalcon zu thun, da den Hände ihren Kette hen ist ein welche in hier einem Hände stiel Lande laut fürföhrge, r ließ, sowie stadt, von Da kehrte Apostel Nic zu seiner z lehrte dies ganzen Hof täuschung r die sie do finden wüßte gute Schme daß alle ja, auch fa ob. Haus, sorgt werd Seife gehö Statt der wurde ihr n se denselben Mann, deu auch von d wissen, da gemeinen M Alles dies Schlimmste Schließlich wieder aus

Der aus Bärü ist nun über Nachdem er in welchem Gebet genoc ielle Teleg die Ernenn zeigten."

Die I gegen Ende eine Encyclo Sammlung mehr Eifer einzigen Cri Quelle zufö für den Pe worden: 1,1 aus America aus Oesterre Lire aus B Lire aus de

* Paris, der Gruppe der Wähler Temps, ist daran denkt, zu geben. I den Personal politisches, hat. So la Personal nicht waltung mö Deputirten, mischen. M Principien zu den Ministern unbehinderte recht, die Dr das den Ein aber diese D men, nicht die form des P Wahl der B und dies wir verständniß g

vor. — Der gegen die gemischte Schule von reactionärer Seite genommene Anlauf ist sowohl seitens der Regierung als der liberalen Mehrheit energisch zurückgewiesen worden.

Oesterreich - Ungarn.

Die Wiener Zeitung publicirt die schon seit einiger Zeit erwartete Enthebung des Grafen Franz Richy vom Botschafterposten in Konstantinopel.

Schweiz.

Aus Bern vom 26. Nov. wird der Königlich-Preussischen Zeitung geschrieben: „Der Bundesrath hat seinem Generalconsul in Washington Weisung ertheilt, Schritte zu thun, damit eine nach Utah verlockte junge Schweizerin den Händen der Mormonen wieder entrisen und ihren Aeltern zurückgegeben werde. Das junge Mädchen ist eine Bernerin, aus dem Amte Konolfingen, welche in Bern als Schneiderin beschäftigt war und hier einem Mormonenapostel Namens Klamm in die Hände fiel. Ihr erster Brief aus dem ersehnten Lande lautete nicht übel. Sie rühmte besonders die Fürsorge, welche Klamm ihr auf der Reise angedeihen ließ, sowie die freundliche Aufnahme in der Salzsee-Stadt, von wo sie jedoch bald nach Logan versetzt wurde. Da kehrte sich jedoch das Blättchen. Hier machte der Apostel Klamm zuerst dem Mädchen den Antrag, sie zu seiner zweiten Frau zu nehmen. Dieses Ansuchen lehnte dieselbe jedoch ab und zog nun dadurch den ganzen Haß des wüthigen Herrn auf sich. Eine Enttäuschung reihte sich an die andere. Statt der Eleganz, die sie dort nach den gemachten Vorpiegelungen zu finden wähnte, und des guten Verdienstes, den sie als gute Schneiderin zu haben hoffte, sah sie bald ein, daß alle Frauen ihre Kleider selbst machen müssen; ja, auch fast alle übrigen Arbeiten liegen den Frauen ob. Haus, Feld, Vieh u. s. w. muß von den Frauen besorgt werden, selbst die Fabrication von Kerzen und Seife gehört in das Gebiet der weiblichen Arbeit. Statt der ihr in Aussicht gestellten guten Partien wurde ihr von Klamm jener Antrag gestellt, und als sie denselben ablehnte, verschrieb ihr Klamm einen andern Mann, der mit Kofz und Wagen sie abholte. Aber auch von diesem Manne wollte die Verfährte nichts wissen, da derselbe roh, ungebildet und von äußerst gemeinen Manieren sei, wie fast alle Männer in Utah. Alles dies berichtet sie in ihrem zweiten Briefe; das Schlimmste aber läßt sich zwischen den Zeilen lesen. Schließlich bittet dieselbe, sie um Gottes willen doch wieder aus dieser Sklaverei zu erlösen.“

— Der augsbürger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Zürich vom 28. Nov.: „Bischof Marilley ist nun über sein Schicksal nicht mehr im Zweifel. Nachdem er das seltsame Kumbeschreiben erlassen hatte, in welchem «Liberte» und Consorten so energisch ins Gebet genommen werden, trafen rasch aus Rom officielle Telegramme ein, die ihm und dem Staatsrath die Ernennung des Hrn. Cosandey zum Bischof anzeigten.“

Italien.

Die Itale berichtet, Papst Leo XIII. werde gegen Ende des Jahres an die katholischen Bischöfe eine Encyclica richten und dieselben auffordern, in der Sammlung von Beiträgen für den Peterspfennig noch mehr Eifer zu zeigen als bisher, weil dieselben die einzigen Existenzmittel der Curie bildeten. Derselben Quelle zufolge sind in den ersten neun Monaten d. J. für den Peterspfennig von den Bischöfen eingesandt worden: 1,110,000 Lire aus Frankreich, 900,000 Lire aus Amerika, 750,000 Lire aus England, 700,000 Lire aus Oesterreich, 150,000 Lire aus Deutschland, 300,000 Lire aus Belgien, 60,000 Lire aus Holland, 30,000 Lire aus der Schweiz und 60,000 Lire aus Italien.

Frankreich.

* Paris, 30. Nov. Den einstimmigen Gefühlen der Gruppen der Linken, die man als diejenigen der Wähler betrachten kann, gegenüber, meint der Temps, ist es unmöglich, daß die Regierung nicht daran denkt, der Mehrheit der Kammer Genugthuung zu geben. Man muß rasch dieser aufregenden Frage des Personals ein Ende machen, da sie nicht nur ein politisches, sondern auch ein administratives Interesse hat. So lange alle nothwendigen Veränderungen im Personal nicht stattgefunden, solange ist keine gute Verwaltung möglich. Der Temps empfiehlt aber den Deputirten, sich nicht in die Wahl der Beamten zu mischen. Man muß zu den wahren parlamentarischen Principien zurückkehren: den Deputirten die Controle, den Ministern die Verwaltung und, insolge dessen, die unbehinderte Ernennung ihrer Regenten. Man hat recht, die Organisation eines Personals zu verlangen, das den Einrichtungen nicht feindlich gegenübersteht, aber diese Organisation muß die Regierung vornehmen, nicht die Deputirten. Rasche und endgültige Reform des Personals, den Ministern die Freiheit der Wahl der Beamten gelassen: dies ist zu wünschen und dies wird hoffentlich im gemeinschaftlichen Einverständnis geschehen.

Vom Programm sprechend, das die Bureau der Linken aufzustellen beabsichtigen, sagt der Temps: „Das Ministerium war gezwungen, und ist es täglich, zu gleicher Zeit oder nacheinander den Gruppen, deren Unterstützung ihm nothwendig ist, Genugthuung zu geben; diese Verpflichtung, deren sein Nachfolger ebenso wenig wie es selbst entgehen wird, gibt seiner Politik etwas Bögerndes, Ungewisses, zuweilen Widersprechendes, das seinen Gegnern leichtes Spiel läßt, für das es aber durchaus nicht verantwortlich ist. Die Vertreter der Mehrheit scheinen dies begriffen zu haben und deshalb haben sie wol die Auffegung eines Programms beschlossen, das für das Cabinet ein Stützpunkt und für die Kammer ein Anhaltspunkt sei. Damit aber dieses Programm für das gegenwärtige oder für ein anderes annehmbar sei, muß es zu gleicher Zeit sehr einfach und sehr elastisch sein. Einfach, weil man, wenn man es verwickelte, überlastete, gleich Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen republikanischen Schattirungen heraufbeschwören würde; sehr elastisch, weil man nicht mit und durch Doctrinen, sondern mit und durch Menschen regiert.“

Die France behauptet, das Cabinet sei mit der Aufsehung eines collectiven Circularschreibens an die Beamten beschäftigt, in welchem diese daran erinnert werden, daß die Pflichten des Staatsbeamten nicht an der Thür der Amtsstube ein Ende nehmen und man bei Annahme eines Amtes unter der republikanischen Regierung mit ihr solidarisirt ist.

— Aus Paris vom 28. Nov. abends wird der National-Zeitung berichtet: „Die gestrige Rede Gambetta's wird in parlamentarischen Kreisen dahin ausgelegt, daß der Präsident der Deputirtenkammer vorläufig die Aufrechterhaltung des Status quo wünschenswert und mehr als jemals abgeneigt sei, seinen bisherigen Posten mit der Präsidenschaft des Ministerconseil zu vertauschen.“

Großbritannien.

Nach einer Depesche aus Montreal (Canada), die in den heutigen newyorker Blättern erschienen ist, soll die britische Reichsregierung beabsichtigen, in Canada eine Reserve von 10000 Mann zu errichten, welche nach Bedarf in Canada selbst oder im überseeischen Dienste soll verwendet werden können. In den hiesigen Regierungskreisen wird die Nachricht als „verfrüht“ bezeichnet.

Belgien.

Aus Brüssel vom 30. Nov. wird berichtet: „Der Unterrichtsminister hat entschieden, daß, wenn der Pfarrer sich weigert, den Religionsunterricht in Schulhäuser zu ertheilen, keinem Lehrer und keiner Lehrerin gestattet werden darf, die Katechismuslectionen den Kindern in der Kirche abzuhören, denn damit würde man das Lehrpersonal indirect von der Verantwortlichkeit abhängig machen, während das Schulgesetz dasselbe gerade von jedem fremden Einfluß freimachen will.“ — Die Gemeinde Voitsfort in Brabant hat beschlossen, daß der Schulunterricht unentgeltlich ertheilt und allen die Gemeindefschulen besuchenden Kindern der arbeitenden Klasse auf Gemeindeflosten Winterkleidung beschafft werden solle. Dieses Beispiel hat schon in mehreren andern Gemeinden Nachahmung gefunden.“

Rußland.

Dem Deutschen Montags-Blatt geht aus Petersburg der Anfang eines Berichtes über den Proceß Mirsky zu, der am 27. Nov. begann:

Das Kriegsgericht setzt sich unter dem Präsidium des Generals Debois aus acht Stabsofficieren zusammen. Nachdem das Gericht in den Saal getreten war und der Präses die Sitzung eröffnet hatte, befehrt er, die Gefangenen vorzuführen. Die Gefangenen erscheinen unter Vortritt von Gensdarmenofficieren; zwischen den einzelnen gehen Polizeisoldaten an der Spitze der Hauptangeklagte Mirsky im Frack, die andern in schwarzen Ueberwürfen, Olga Semenovskii im schwarzen Kleide. Mirsky, erst 21 Jahre alt, macht einen noch jugendlichen Eindruck. Er ist von mittlerem Wuchs; schlank und schwächlich gebaut. Sein Gesicht von dunkelm Leint zeigt keine, nicht üble Züge. Langes schwarzbraunes Haar rahmt den Kopf ein; die schwarzen lebhaften Augen schauen besonders später viel im Saale umher. Er hat eine hohe Stirn. Dem Gesicht fehlt fast ganz der Bartwuchs, doch brecht Mirsky im Verlauf der Verhandlungen vielfach in affectirter Weise an dem Miniaturschmuck an. In der Hand hält Mirsky eine Papierrolle, es ist die Abschrift der Anklageacte. Angelommen an die Anklagebank verneigt er sich vor dem Gericht. Das Lebensalter der übrigen Angeklagten variiert zwischen 24 und 25 Jahren; Olga Semenovskii ist 35 Jahre alt, von schlankem Wuchs und zwinat sich erschließlich zur äußern Ruhe. Jeder Angeklagte hat seinen besondern Vertheidiger. Den Angeklagten werden die vorgeschriebenen Fragen vorgelegt, dann die Liste der Zeugen verlesen, deren 90 sind. Der Präsident bestimmt, dieselben in Gruppen zu 20 eintreten zu lassen. Der Angeklagte Golowin bricht in krampfhaftes Schluchzen aus, als unter den Zeugen der Name seiner Frau verlesen wird. Golowin ist 29 Jahre alt, ehemaliger Kassirer der Zeitung Nostaja Prawda, eine schwächliche Gestalt mit bleichem Antlitz und zeigt nervöse Erregung. Die interessanteste Persönlichkeit unter den weiblichen Zeugen ist das achtzehnjährige auffallend schöne Mädchen Kestemann, die Geliebte Mirsky's. Den schlanken geschmeidigen Körperbau hebt das einfach elegante Kleid besonders hervor, sie trägt die Haare zurückgestülmt und aufgeschl. Kluge; schöne

und energische Gesichtszüge zeigt dieses Antlitz. Mit ihrem prächtigen großen Augen sieht sie Mirsky lange an. der ihr wiederholentlich zulächelt, bis ihm der Präsident dies untersagt. Der Hauptbelastungszeuge ist der Bombardier Eschertinin, auf dessen Anzeige Mirsky sowie der Angeklagte Friedrich Larhoff verhaftet wurde. Bei der Verlesung der Anklageacte scheint eine Stelle, die darin von den gefärbten Haaren Mirsky's handelt, diesen sehr zu amüfieren. Er hält die Hände vors Gesicht und lacht. Später sieht er sich das Publikum sehr genau an, wobei er in kollektiver Weise sich mit einer Papierrolle Luft zusäthelt und zu lächeln sucht. Auf Befragen bekennen sich alle übrigen Angeklagten für „Nichtschuldig“, nur Mirsky gesteht seine Schuld ein, versucht dieselbe aber in mildestem Lichte darzustellen. Die Zeugen werden gruppenweise vereidigt und verabschiedet; sodann werden wieder hereingerufen als Zeugen: der Zutscher des Generals Drentelen, die Geliebte Mirsky's und der Hauptzeuge, der Bombardier Eschertinin. Nach zweifelhäftiger Pause wird um 7 Uhr abends das Zeugenverhör fortgesetzt. Die Verlesung einiger Briefe dauert bis in die Nacht hinein.

Königreich Sachsen.

Vom Landtage.

○ Dresden, 1. Dec. In der heutigen Sitzung der II. Kammer wird das Decret den Gesetzentwurf zum Statut für die Universität Leipzig betreffend auf Antrag des Abg. Dr. Krause der Gesetzgebungsdeputation zur Berichterstattung überwiesen.

Ueber die auf die Jahre 1880/81 für die zum königlichen Hausfideicommiss gehörigen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft eingestellten Zuschüsse referirte namens der Finanzdeputation Abg. Penzig:

Bei der Mehrzahl der einzelnen Positionen wird Genehmigung vorgeschlagen und auch ausgesprochen. Bezüglich der für Vermehrung der Sammlungen eingestellten 56500 M. ist die genannte Deputation getheilter Ansicht. Die Majorität der Deputation ist mit 6 Stimmen (Dr. Mindwig, Uhlmann, Georgi, Knecht, Debniden und Penzig) gegen 4 Stimmen (Bunde, Kirbach, Leutrig und v. Döhlshöfel) für die Genehmigung, nachdem bereits in dem vorigen Etat ein Abstrich von 2 000 M. erfolgt war, circa 24000 M. allein für die nothwendigen Bücheranschaffungen der Bibliothek gebraucht werden, und also für sämtliche sonstige Sammlungen nur ungefähr 32500 M. übrigbleiben. Davon sind übrigens auch noch die Herausgabe von Kupferstichen berühmterer neuerer Gemälde zu bestreiten, womit man zur Erhaltung der sehr daniederliegenden Kupferstecherkunst einige vorzügliche Meister beauftragt hat, sowie die Herausgabe wissenschaftlicher Publicationen, die man theilweise zu Geschenken für von andern ähnlichen Instituten erhaltene Präsente, im jährlichen Betrage von circa 3-4000 M., verwendet. Der dann bleibende Rest erst kann zu Vermehrungen verwendet werden.

Die Minorität dagegen glaubte mit Hinweisung auf den noch zur Zeit in einem Bestand von 261427 M. vorhandenen Vermehrungsfonds einen Abstrich von 16500 M. eintreten zu lassen und nur einer Summe von 40000 M. ihre Zustimmung geben zu sollen. Hiergegen erhob die Regierung Einsprache, da der Bestand des Vermehrungsfonds doch hauptsächlich den Zweck habe, Mittel bedeutenderer Art zur gelegentlichen Erwerbung besonders vortheilhaft erscheinender werthvollerer Stücke an der Hand zu behalten. Es würde das unmöglich gemacht, wollte man sie auf die Aufzehrung dieses Fonds verweisen, und die geforderten 56500 M. reichden, nach Abzug der bereits oben erwähnten Ausgaben, nur knapp aus, vielleicht noch hier oder dort ein billig erscheinendes Bild eines berühmten neueren Meisters zu erwerben, denen ihre Producte durch die Kunsthandwerker von der Staffelei weggelauft würden und wovon, z. B. von Defregger, kein Stück unter 15000 M. gewöhnlich zu haben sei. In der an den Vortrag des Referenten sich anschließenden Debatte ergriff Staatsminister v. Gerber das Wort:

Die Sammlungen Sachsens seien ein Culturvermögen der Vergangenheit, die Kammer möge daher die Regierung in dem Streben, dieses Vermögen zu erhalten, unterstützen. Abg. Walter:

Er verkenne zwar die augenblickliche Finanzlage des Landes nicht, welche zu fragen berechtige, ob die Mehrforderung nothwendig sei. Es gebe aber gewisse höhere Aufgaben, denen sich ein Staat nicht entziehen könne. Hierzu gehörten die Sammlungen. Redner wird deshalb für die Mehrforderung stimmen; unsere Sammlungen hätten seit Jahren eine so hervorragende Stellung in Kunst und Wissenschaft eingenommen, daß alle Ursache vorhanden sei, dieselbe zu erhalten.

Abg. v. Döhlshöfel (zur Minorität gehörend): Er halte dafür, daß eine Gefahr in der Verkürzung des Postulats nicht vorliege. Wollte man die Steuerlast ermäßigen, so müsse man vorübergehend an solche Postulate herantreten, wo noch Mittel vorhanden wären.

Abg. Kirbach (ebenfalls Minorität): Es solle auch nicht ein Pfennig weniger für die Vermehrung der Sammlungen in der nächsten Finanzperiode ausgegeben werden, die Minorität der Deputation wolle nur, daß die Ausgaben in einer Periode einmal aus den Fonds erfolgten.

Abg. Dr. Mindwig (Majorität) ist der Ueberzeugung, daß, wenn die Forderung jetzt gestrichen würde, dieselbe später bewilligt werden müsse.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Minorität der Deputation — also Verkürzung der eingestellten Bedarfssummen — mit 41 gegen 33 Stimmen angenommen.

Den letzten Gegenstand der heutigen Sitzung bildete die Petition der Mitglieder des Kreisturnrathes des 14. deutschen Turnkreises (Königreich Sachsen), Overturnlehrer Bier und Genossen, die Bewilligung einer jährlichen Beihilfe von 10000 M. an die Turnvereine Sachsens zur Ausbildung von Turnwarten und

Bereinsvorturnern betreffend. Die Beschwerde- und Petitionsdeputation schlägt vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Hauptsächlich sind es Sparmaßregeln, welche die Deputation hierzu veranlassen.

In der über die Petition stattfindenden kurzen Debatte erklärt Abg. Philipp zur Richtigkeit:

Die Petenten repräsentieren nicht die Turnvereine Sachsen, es denken vielmehr eine große Anzahl derselben anders. Es sei bei ihm (dem Redner) eine Deputation sächsischer Turnvereine gewesen, welche ihn gebeten, seine Stimme gegen die Bewilligung zu erheben, denn die Turnerschaft Sachsen sei nicht gemeint, das System der Staatshilfe in der vorliegenden Frage für sich in Anspruch zu nehmen.

Die Kammer läßt die Petition auf sich beruhen.

Ein königliches Decret beantragt: Die Ständeverammlung wolle genehmigen, daß ein entsprechender Theil der in der Budgetperiode 1878/79 bei den Gehältern der richterlichen und Raatsanwaltschaftlichen Beamten erzielten Ersparnisse (im ganzen 116002 M.) dazu verwendet werde, den richterlichen Beamten und Staatsanwälten die Gehälter in der Höhe, nach welcher sie für die Finanzperiode 1880/81 bewilligt werden, bereits auf die Zeit vom 1. Oct. d. J. an zu gewähren.

Leipzig, 2. Dec. Für die Universität Leipzig ist ein neues Statut zwischen Regierung und akademischem Senat vereinbart worden. Gegenüber dem früheren Statut von 1871 sind hinzugekommen Abschnitt 3 („Die Facultäten“) und 4 („Der Lehrkörper der Universität“). Doch enthalten auch diese meist nur schon Bestehendes. Als neu erscheinen uns folgende Bestimmungen:

Ein außerordentlicher Professor oder Privatdocent darf eine Vorlesung, die für dasselbe Semester auch ein ordentlicher angelehnt hat, nicht für ein niedrigeres Honorar als dieser halten (S. 47).

Privatdocenten kann die venia legendi mit Genehmigung des Ministeriums von ihrer Facultät entzogen werden. Auch ist eine Facultät berechtigt, einem ihrer Privatdocenten im Falle der Pflichtverletzung einen Verweis zu erteilen.

Betreffs der Pensionierung von Professoren bewendet es dabei, daß eine solche nur auf Antrag des betreffenden Professors selbst eintreten kann.

Von ganz besonderer Wichtigkeit sind die §§. 49—57, welche über die Disciplinirung von Professoren handeln. Auf sie bezieht sich das in dem heutigen Landtagsberichte erwähnte Decret. Sie bedürfen der Genehmigung der Stände. Bisher gab es dafür gar keine gesetzlichen Normen. Jetzt wird folgendes beantragt:

Für Disciplinarvergehen (d. h. 1. Verletzungen der Amtspflicht, 2. ein solches Verhalten in oder außer dem Amte, durch welches der Betreffende sich der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt) können als Strafen erkannt werden: Verweis, Geldstrafen, Entlassung. Die Zuerkennung der beiden ersten Strafen steht dem Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts zu. Entlassung kann nur durch Erkenntnis des Disciplinargerichts ausgesprochen werden. Dieses ist in erster Instanz die Disciplinarkammer (bestehend aus dem Vorsitzenden der Disciplinarkammer für Staatsdiener, einem richterlichen Mitglied derselben und einem Professor der Universität, den der König auf die Zeit von fünf Jahren aus der Mitte der ordentlichen Professoren ernennt), in zweiter Instanz der Disciplinarhof (bestehend aus dem Vorsitzenden des Disciplinarhofes für Staatsdiener, zwei richterlichen Mitgliedern desselben, dem Rector und einem Professor der Universität). Dem entlassenen Professor oder seiner Familie kann eine Unterstüfung vom Ministerium gewährt werden; auch verliert letztere nicht den Pensionsanspruch. Einem außerordentlichen Professor kann das Ministerium auf Antrag der Facultät wegen drei Jahre lang fortgesetzter Einstellung oder Vernachlässigung seiner Lehrthätigkeit Rechte und Titel eines Professors entziehen.

Leipzig, 2. Dec. Gestern Abend wurde ein hier in der Georgenstraße dienendes, circa 20 Jahre altes Dienstmädchen aus Köthen wegen Kindesbündelung verhaftet. Die Frauensperson hat am 23. Nov. in ihrer Kammer heimlich geboren, hat das Kind, ein Mädchen, sogleich nach der Geburt erstickt und den Leichnam in ihrem Bette unter der Matratze verborgen. Gestern erst ist das Verbrechen rathbar geworden, man hat die Kindesleiche im Bette aufgefunden und das Mädchen verhaftet. Sie soll bereits ein volles Gekindniß abgelegt haben.

Das Comité für die in Leipzig im Jahre 1880 abzuhalten erste deutsche Wollindustrieausstellung hat sich constituirt. Vorsitzender ist Stadtrath Schöler in Guben, Stellvertreter desselben Stadtrath Scharf in Leipzig. Das Ausstellungsbureau (Bamberger Hof in Leipzig) steht unter Leitung des Generalsecretärs der Ausstellung, Hrn. v. Hammerstein, der in gleicher Eigenschaft auch schon der Kunstgewerbeausstellung seine Thätigkeit widmete. Anmeldungen müssen bis zum 1. Febr. 1880 erfolgen. Die Ausstellung findet vom 1. Juli bis 15. Oct. statt.

Handel und Industrie.

Hamburg, 1. Dec. An heutiger Börse wurde bekannt, daß die hiesige Firma J. C. Godefroy u. Sohn ihre Zahlungen eingestellt hat. Norddeutsche Bankactien erlitten hierdurch einen momentanen Rückgang, erholten sich jedoch wieder, als bekannt wurde, daß die Bank für ihre Forderungen Deckung besitzt.

Meiningen, 1. Dec. Serienziehung der Meiningener 4proc. Prämienpfaundbriefe. Serie 137. 339. 417. 517. 752. 928. 993. 998. 1666. 2215. 2350. 2477. 2964. 2988. 3114. 3134. 3181. 3439. 3636. 3703.

Stannem, 1. Dec. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,95, per Januar 9,10, per Januar-März 9,25.

Antwerpen, 1. Dec. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 Br., per Januar 22 1/4 bez. u. Br., per Februar 22 1/4 bez. u. Br., per Januar-März 22 1/4 Br. fest.

Glasgow, 1. Dec. Roheisen. Mixed numbers warants 61 Sch.

Liverpool, 1. Dec. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 1/2, Februar-März-Lieferung 6 7/8 D. Weitere Bewegung Amerikaner 1/4 D. billiger.

Bradford, 13. Dec. Wolle ruhiger, bei weichender Tendenz, Botany- und kurze Wollen fest, wollene Garne zu vollen Preisen gehandelt, wollene Stoffe besser.

Börsenberichte.

Berlin, 2. Dec. 12 Uhr 15 Min. Eröffnungscurs. Oest. Creditact. 485.—, Oest.-franz. Staatsb. 459.—, Oest. Südbahn (Romb.) 143.—, Berg.-Märk. 92,90, Köln-Mindener 144.—, Galiz. Karl-Ludwigb. 105.—, Rhein. 148,50, Rumän. 43,90, Disconto-Comm. 183,90, Königs- und Laurahütte 105,50, Oest. Lofe v. 1860 126,75, do. Goldrente 70,10, do. Silberrente 61,25, do. Papierrente 59,30, Russ. Anl. v. 1877 89,25, do. Bankn. 212,50, Deutsche B. 136,50, Ung. Goldrente 82,50, Tendenz: sehr fest.

Aus Wien bekannte Curse von 10 Uhr 25 Min. vorm. Oest. Creditact. 278,10, Oest.-franz. Staatsbahnact. 261.—, Oest. Südbahn (Romb.) 95,50, Galiz. Karl-Ludwigb. 242.—, Oest. Goldrente 81.—, Deutsche Marknoten 67,70, Napoleonsd'or 9,30 1/2. Tendenz: schwach.

Berlin, 1. Dec., 3 Uhr 20 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 98.—, 4proc. preuß. consol. Anl. 97,30, 3proc. sächs. Rente 74.—, Oest. 1860er Lofe 126.—, do. Papierrente 59,10, do. Silberrente 60,90, do. Goldrente 027,5, Ungar. Goldrente 82,75, Russ. consol. 5proc. 1877er Anl. 89,50, do. Orientanleihe II 59,50, do. III —.—

Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 146.—, Chemn. Bankv. 91.—, Koburger Cred. 89,80, Darmst. B. 145,50, Deutsche B. 136,90, Deutsche Reichsb. 153.—, Disconto-Comm. 183,75, Dresd. B. 124.—, Germer B. 98.—, do. Danbels- u. Creditb. 50.—, Gotthard B. 99.—, Leipziger Discontoges. 82,10, Meining. Creditanst. 84,80, Oberlaus. B. 83,25, Sächs. B. 114,50, Schwab. B. 24.—, Thüring. B. —.—, Weimar. B. 39,50. — Oest. Creditanst. 484.—, Berliner Handelsgesellschaft 81,75, Prag-Dux 42,75, Pilsener-Briefen 42,30.

Industrieactien. Gelsenkirchen 129.—, Königs- u. Laurahütte 103,75, Dortm. Union St.-Pr. 37,90, Siberia u. Chamrod 85.—, Ruise Tiefbau —.—

Eisenbahnactien. Aufsig-Tepl. 175,25, Berg.-Märkische 92,50, Berlin-Anh. 97,75, Berlin-Potsd.-Magdeb. 93,25, Breslau-Schweidnitz-Freib. 91,50, Berlin-Stettin 109,60, Kln-Mindener 143,75, Galiz. Karl-Ludwigb. 105,25, Halle-Sorau-Guben 13,80, Magdeb.-Halberst. 142,75, Mainz-Ludwigsh. 83,60, Oberschles. L. A. 169,50, Prag-Turnau 51,90, Oest.-franz. Staatsbahn 458,50, do. Nordwestb. 250.—, do. südl. Staatsb. 143.—, Rhein. 147,60, Rumän. Stammact. 43,75, do. Stammprior. 101.—, Tbilr. 142,40, Weimar-Gera Stammprior. 18,25, Rechte Oberufer 133,75, Berlin-Görlitzer 16.—

Wechsel. Petersburg l. S. 210,50, do. 3 M. 209,75, Wien l. S. 173,10, do. 2 M. 172.—

Wien, 1. Dec. Schlusscurse. Papierrente 68,42 1/2, Silberrente 70,60, 1860er Lofe 128,50, Nordwestb. 146,20, Bantact. 841.—, Creditact. 279,80, Anglo-Anstr.-Bank 137,50, London 116,85, Silberagio 100.—, Ducaten 5,53, Napoleonsd'or 9,30, Galiz. 242,60, Staatsbahn 265.—, Lomb. 82,25, Goldrente 81,05, Deutsche Marknoten 57,72 1/2.

Paris, 1. Dec. 3 Uhr nachm. 3proc. amortis. Rente 83,40, 3proc. Rente 81,77 1/2, 1872er Anleihe 115.—, Ital. 5proc. Rente 80,75, Oest. Goldr. 70.—, Ung. Goldr. 84 1/4, 1877er Russen 93 1/4, Franz. 573,75, Lomb. 175.—, do. Prior. 264.—, 1865er Lärken 10,70, 1869er —.—

Leipziger Productenbörse vom 2. Dec. mittags 1 Uhr. Witterung: Trüb und kalt. Weizen per 1000 Ko. netto loco 224—230 M. bez. u. Br. rufig. Roggen per 1000 Ko. netto loco 178—183 M. bez., fremder 170—174 M. bez.; rufig. Gerste per 1000 Ko. netto loco 160—190 M. bez. Hafer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 140—142 M. bez. Mais per 1000 Ko. netto loco rumänischer 162 M. bez., amerikanischer 154 M. bez. Raps per 1000 Ko. netto loco 235—240 M. bez. Rapspuch per 100 Ko. netto loco 14 M. bez. u. Br. Weiböl per 100 Ko. netto loco 56,50 M. bez., per Dec.-Jan. 56,50 M. Br., per Dec.-Jan. 56,50 M. Br.; still. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Faß loco 59,20 M. S.; matter.

Leipzig, 2. Dec. Die Stimmung der heutigen Börse hielt an der Zuversichtlichkeit, welche sie gestern zur Schau trug, fest, jedoch bewegte sich der Verkehr, da es an einer umfangreichen Unternehmens- und Kaufkraft im allgemeinen mangelte, innerhalb mäßiger Grenzen. Man beobachtete eine abwartende Haltung, weil Berlin gestern, von der Zahlungseinstellung der bedeutenden Firma J. C. Godefroy in Hamburg unangenehm berührt, einer matten Stimmung verfallen war. Das Geschäft gestaltete sich nur in einigen wenigen Papieren animierter und umfangreicher, wobei fernere Cursgewinne in verschiedenen Fällen erzielt wurden. In den deutschen Staatsfonds war das Geschäft heute nicht von Belang. Reichsanleihe stellte sich etwas höher im Curse, während Sächsische Rente eine Kleinigkeit nachgab. Ausländische Staatspapiere recht fest; Renten beliebt. Bahnen sehr fest, namentlich Oberschlesische, Rheinische und Buschtiebrader A und B zu besten Curfen in guter Frage; Graz-Köflacher nachgebend; Breslau-Schweidnitzer angenehm, ebenso Rumänier und Thüringer.

Von den Stammprioritäten erkranten sich Kottbus-Großenhainer guter Kaufkraft; Gashwiv-Meuselwitzer ermatteten.

Für Bankactien erhielt sich Beliebtheit, jedoch konnten die gestrigen Curse nicht ganz behauptet werden. Leipziger Credit preisbaltend, Deutsche Bank und Berliner Disconto gaben etwas nach, während Leipziger Bank höhere Notiz bedang, Dresdener Bank ziemlich behauptet, Darmstädter fest.

Industrieactien geschäftlos. Malzfabrik gingen zu gestrigem Curse um.

Bergwerkspapiere infolge des Bräudenberger Grubeneunglücks, wo durch schlagende Wetter 70 Menschen getödtet worden sind, matt.

Prioritäten bei ruhigem Geschäft wenig verändert.

Neueste telegraphische Depeschen.

Berlin, 2. Dec. Man schreibt der Nationalzeitung: „Nach zuverlässigen Informationen ist man von den politischen Folgen, welche sich an den Besuch des Königs von Dänemark am hiesigen Hofe knüpfen, in den höchsten leitenden Kreisen sehr zufrieden gestellt. Die Besprechungen, die zwischen beiden Monarchen und dem Kronprinzen stattfanden, haben zu erwünschten Resultaten geführt, die in einer eberder andern Form der Vollvertretung zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden dürften.“

Budapest, 1. Dec. Das Unterhaus hat heute das Gesetz betreffend die dreimonatliche Indemnität in der General- und in der Specialdebatte genehmigt und ist in die Berathung des Gesetzes über die Luxussteuer eingetreten.

Paris, 1. Dec. Deputirtenkammer: Ueber den Antrag Waigne's (radical) betreffend die Aufhebung des Gesetzes, welches die Sonntagsarbeit untersagt, fand eine längere Debatte statt. Keller (von der Rechten) sprach gegen die Sonntagsarbeit, indem er in dieser Beziehung auf England, die Schweiz und Amerika hinwies. Waigne verteidigte seinen Antrag. Derselbe wurde schließlich mit 335 gegen 102 St. angenommen. — Ein Antrag Devaux' (von der Linken) auf Aufhebung des Instituts der Feldprediger wurde ebenfalls genehmigt, ebenso ein Antrag Louis Blanc's, Briffon's und anderer dahin gehend, die Bestimmung der Geschäftsordnung der Deputirtenkammer, nach welcher ein Deputirter bis auf die Dauer von 30 Tagen von der Theilnahme an den Sitzungen ausgeschlossen werden kann, zu modificiren.

Paris, 1. Dec. Die Bureauz der Linken nahmen heute folgende weitere Punkte an, welche als gemeinsames Programm gelten sollen: Freiheit der Versammlungen für jede Vereinigung; Pressefreiheit; unentgeltlicher und obligatorischer Laienunterricht. Sodann fand eine sehr lebhafte Debatte über die Amnestiefrage statt; diese Frage wird von den Delegirten vor ihre resp. Gruppen gebracht werden und von dort wahrscheinlich am nächsten Freitag an die Bureauz der Linken zurückgelangen. Diese werden hierauf erwägen, ob man das Programm in Form einer Interpellation vorlegen soll. Gerichtsweise verlaudet, der Conseilpräsident Waddington würde es unter einer andern Form nicht annehmen.

Paris, 1. Dec. Das linke Centrum beschäftigt sich heute mit der Frage, ob es noch fernere an den Berathungen der Bureauz der Linken über die Herstellung eines gemeinsamen Programms theilnehmen solle. Marcère, Darbois und Ribot wünschten, das linke Centrum solle an den weitern Berathungen nicht theilnehmen, während Germain und Philippoteaux zur fernern Theilnahme an denselben riethen. Die Versammlung scheint zu letztem Vorschlage sich hinzuneigen. Morgen findet eine neue Versammlung statt. — Die parlamentarische Lage erscheint besser. Spuller, Briffon und Floquet erklären, daß sie keine Portefeuilles annehmen würden. Viele Deputirte glauben, daß morgen bei Gelegenheit der Interpellation Daubry d'Arson's seitens der Regierung Erklärungen abgegeben werden würden, und diese ein Datum des Parlaments herbeiführen würden, welches die Krisis durch Consolidirung des gegenwärtigen Cabinets beendet.

Paris, 2. Dec. Mehrere Journale versichern, die Minister hätten in der gestrigen Zusammenkunft bei Waddington beschlossen, von der Deputirtenkammer unverzüglich ein Vertrauensvotum zu verlangen.

London, 1. Dec. Die der „Globe“ meldet, ist die Königin von einem leichten Unwohlsein befallen.

London, 1. Dec. Der Daily Telegraph erfährt aus bester Quelle, die türkischen Zusagen gegenüber England waren alle nicht aufrichtig, da zwischen der Türkei und Rußland ein Einvernehmen besteht für gemeinsame Action in bestimmten, genau bezeichneten Fällen; obgleich dasselbe nicht schriftlich abgefaßt, besitzt dieses Einvernehmen die volle Kraft einer Allianz für bezeichnete Fälle. Said-Pascha vermittelt die Negotiationen. (Berl. T. Bl.)

Petersburg, 2. Dec. Durch Verfüzung des zeitweiligen Generalgouverneurs von Petersburg ist die Todesstrafe Mirskij's in Zwangsarbeit auf unbestimmte Zeit und die 13 1/2-jährige Zwangsarbeit Tarchow's in zehnjährige Festungsarbeit umgewandelt worden. Diese Milderung der Strafe wird durch die Minderjährigkeit der Beurtheilten und deren volle Reue motivirt.

Moskau, 2. Dec. Der Kaiser ist gestern Abend 9 Uhr hier eingetroffen.

Petersburg, 2. Dec. Die Nachrichten auswärtiger Blätter über die Ernennung Balujew's zum Minister des Auswärtigen entbehren der Begründung. In Regierungskreisen ist nicht das Geringste davon zu hören. Gortschakow suchte bisher seine Entlassung nicht nach. Sollte er es thun, so scheint Giers, der das auswärtige Ministerium den größten Theil des Jahres thätig leitete, als Nachfolger zur Hand zu sein.

Amsterdam 3 1/2
Paris 3 1/2
London 3 1/2
Hamburg 3 1/2
Bremen 3 1/2
Frankfurt 3 1/2
Berlin 3 1/2
St. Petersburg 3 1/2
Moskau 3 1/2
Sankt Petersburg 3 1/2
Warschau 3 1/2
Krakau 3 1/2
Lemberg 3 1/2
Wien 3 1/2
Budapest 3 1/2
Brüssel 3 1/2
Paris 3 1/2
London 3 1/2
Hamburg 3 1/2
Bremen 3 1/2
Frankfurt 3 1/2
Berlin 3 1/2
St. Petersburg 3 1/2
Moskau 3 1/2
Sankt Petersburg 3 1/2
Warschau 3 1/2
Krakau 3 1/2
Lemberg 3 1/2
Wien 3 1/2
Budapest 3 1/2
Brüssel 3 1/2

Leipziger Börse.

2. Dec.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and securities with their respective values and terms.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table listing various types of banknotes and their values.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing shares of railway companies.

Table listing various stocks and securities, including Berlin-Güter and Eisenbahn-Actien.

Table listing shares of railway companies under the heading 'Eisenbahn-St.-Pr.-Actien'.

Table listing shares of various banks under the heading 'Bank-u. Credit-Actien'.

Table listing shares of industrial companies under the heading 'Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior'.

Table listing foreign bonds and securities under the heading 'Ausländische Fonds'.

Table listing various stocks and securities, including Teplitzer Stadt-Anleihe and Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of railway companies under the heading 'Eisenb.-Prior.-Obl.'.

Table listing shares of coal companies under the heading 'Kohlen-Act. u. Prior'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Mittwoch, 3. Dec. Zweite Gastdarstellung von Friedrich Haase, Hoftheaterdirector und Ehrenmitglied des Königl. Hoftheaters in Dresden. Sie ist wahrhaftig. Drama in 2 Aufzügen nach Metastasio von L. Schneider. — Eine Partie Piquet. Lustspiel in 1 Act nach dem Französischen von Fournier, frei bearbeitet von Dr. F. Deneke. Lord Darlegh und Rochefortier, Herr Friedrich Haase. (325. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Mittwoch, 3. Dec. Boccaccio.

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.

